

Nr. 468

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

28. Januar 1999

>Ja zu Integration - Nein zu doppelter Staatsangehörigkeit<

Stoppt die rassistische Kampagne der CDU/CSU!

Hallo,

Die Neuauflage der revisionistischen Diskussion um die deutsche Vergangenheit („Walser-Debatte") steht ebenso wie die Hetzkampagne der CDU/CSU für ein weiteres Erstarken am rechten Rand. Leider haben uns dazu nicht allzuviele Artikel erreicht. Gut finden wir, daß es bundesweit (auch militante) Aktionen gegen diese Kampagne gibt und dokumentieren diese in Auszügen.

Daß die CDU/CSU sich als rechte Oppositionspartei profilieren will, heißt, daß sie geschickt mit den latent vorhandenen Rassismen in dieser Gesellschaft operiert ... und wir wissen wohin das in Deutschland führen kann. Es heißt aber auch, daß wir als radikale Linke wieder einmal vor der Situation stehen, zusammen mit der „neuen Mitte" sogenannte demokratische Errungenschaften zu verteidigen - die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts kann und muß auch von links kritisiert werden.

Daß die „Neo-Deutschen" perfekt Deutsch können müssen, ökonomisch unabhängig zu sein haben und nie „ mit dem Gesetz in Konflikt geraten" sein dürfen, sind nicht unsere Forderungen (außerdem: wer hätte da schon alles ausgebürgert werden müssen!).

Das Gerede von „Integration" verbirgt auf beiden Seiten eine autoritär - nationalistische Festschreibung, wie Menschen sich in dieser Gesellschaft zu verhalten haben. Beides sind Formen von Rassismus, die sich jeweils auf einen fiktiven Begriff von Gesellschaft beziehen.

Wir sehen die Gefahr, die von der Hetzkampagne der Rechten ausgeht; unsere Chance kann in dieser Situation darin bestehen, mit linksradikalen Positionen in die Diskussion einzugreifen und durch taktische Bündnissen mehr Raum für antirassistische Positionen zu schaffen.

Wir müssen uns dabei über die Tatsache bewußt bleiben, daß ein solchermaßen taktischer Bezug auf Staat, Bürger und Recht immer nur ein taktischer sein kann.

Kein Mensch ist illegal !!!

P.S: Den Artikel zu staatlicher Videoüberwachung in England konnten wir leider nicht veröffentlichen, da unvollständig ! (> Ordner) Kriegen wir den nochmal (vollständig)?!

P.P:S.: An die Leute aus Hamburg: Wir brauchen eine Kontaktadresse von euch!

Zur CDU/CSU - Kampagne

Übergriffe auf CDU-Stände

BERLIN (dpa). Bei der Sammlung von Unterschriften für die CDU-Aktion gegen die doppelte Staatsbürgerschaft ist es am Sonnabend zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen CDU-Mitgliedern und Angehörigen linker Initiativen gekommen. Gegendemonstranten hätten Stände umgeworfen und Parteimitglieder beschimpft und bedroht, sagte ein CDU-Sprecher.

Nach den Rangeleien unter anderem in Schöneberg, Steglitz, Tiergarten und Neukölln rief die CDU die Polizei. Rund 15 Störer seien vorläufig festgenommen worden, sagte ein Polizeisprecher. Nach Angaben der CDU wurden wiederholt auch ausgefüllte Unterschriftenlisten entwendet. Insgesamt habe man in Berlin bislang schätzungsweise 15 000 Unterschriften gegen die doppelte Staatsbürgerschaft gesammelt. (...)

Tsp. 24.01.99

Protest gegen Unterschriftenaktion der Union weitet sich aus

Vereinzelte Gewalttätigkeiten in Berlin, Hamburg und Frankfurt

In mehreren Städten kam es zu gewalttätigen Aktionen gegen die Unions-Kampagne. In Hamburg wurde ein Stand der Jungen Union angegriffen. In Frankfurt am Main blockierten Demonstranten einen Unterschriftenstand. Auch in Berlin gab es Gewaltaktionen. In mehreren Bezirken wurden nach Polizeiangaben CDU-Mitglieder angegriffen und auch Tische umgestoßen. Es gab mehrere Festnahmen unter anderem wegen Sachbeschädigung und Beleidigung. (...)

Aachener Zeitung 14.01.99

Randale bei Protest-Aktion in CDU-Zentralen

Zwei Büros bei Demo zum Ausländerrecht beschädigt – Polizei hielt Verdächtige am Annuntiatenbach fest

Von Matthias Hinrichs

Aachen. Etwa 25 Demonstranten haben gestern zwischen 14 Uhr und 14.30 Uhr vor der Geschäftsstelle der CDU in der Martinstraße erhebliche Schäden angerichtet. Danach besetzte die Gruppe, die sich als „Antifaschistisches Bündnis Aachen" bezeichnet und der nach eigener Aussage unter anderem Vertreter der TH-Fachschaft Philosophie, der VVN und des Flüchtlingsplenums angehören, das Fraktionsbüro der CDU am Katschhof. Anlaß war die Ankündigung von CDU und CSU, mit Unterschriftenaktionen gegen die geplante Reform zur doppelten Staatsbürgerschaft Front zu machen. Überdies wolle man sich mit den kurdischen Flüchtlingen solidarisieren, die derzeit Geschäftsstelle der Grünen in Düsseldorf besetzt hielten.

Ein Mitarbeiter der CDU-Zentrale in der Martinstraße berichtete, die Demonstranten hätten das Türschloß mit Klebstoff zerstört, ein Adreßschild zerkratzt und die Hauswand beschmiert. Zudem sei ein Kollege am Verlassen des Büros gehindert und als „Faschist" beschimpft worden. Bevor die Polizei eintraf, zog die Gruppe zum Fraktionssitz am Katschhof. Dort traf sie zunächst lediglich die Sekretärinnen an. Darauf besetzten etwa 15 Demonstranten die Räume eine knappe Stunde lang. „Die waren gar nicht zum Gespräch bereit", erklärte Fraktionsgeschäftsführer Franz Plum. Statt dessen seien Telefone und Türschlösser mit Sekundenkleber beschädigt worden. Noch bevor Plum am Katschhof eingetroffen war, hatte das OB-Büro die Polizei eingeschaltet. Er bezeichnete es als „nachdenkenswert", daß die „Chaoten" im benachbarten Büro der Grünen Gelegenheit erhalten hatten, per Fax die Presse zu informieren.

Bevor die Polizei eintraf, setzte sich die Gruppe erneut ab. Am Annuntiatenbach – wenige Meter entfernt vom Büro der Fachschaft Philosophie in der Kármánstraße – wurden kurz darauf etwa 15 junge Leute von zehn Beamten der Einsatzhundertschaft sowie mehrere Streifenwagen-Besatzungen gestellt. Eine knappe Stunde hielten sie die Gruppe zwecks Identifizierung fest. „Manche wurden sogar daran gehindert, einem dringenden Bedürfnis nachzukommen", erklärte ein Beteiligter, der anonym bleiben wollte, der AZ kurz nach der Aktion im Fachschaftsbüro. Außerdem hätten Beamte sie massiv beschimpft.

Der CDU-Vorsitzende Ulrich Daldrup reagierte empört auf die Übergriffe. Eine Unterschriftensammlung hätte „ohnehin rechtlich keine Relevanz". Inzwischen lägen aber mehrere Umfragen, etwa die eines Düsseldorfer Radiosenders, vor. „Die zeigen, daß 70 bis 80 Prozent der Bürger gegen die Pläne von Rot-Grün sind."

Volxsport

"Mit ihrer Unterschriftenkampagne gegen die doppelte StaatsbürgerInnenschaft betreibt die CDU zur Zeit eine gezielte rassistische Hetze.
Deutsche Unterschriftswillige zeigen mit Sätzen, wie z. B. "..wo kann man hier gegen Ausländer unterschreiben?", daß sie die Botschaft richtig verstehen.
Die Kampagne ist ein genereller Angriff auf alle Nicht-Deutschstämmigen, die hier leben.
Wir rufen euch dazu auf, den Preis für diese rassistische Stimmungsmache so hoch wie möglich zu treiben und sowohl die (Stände der) CDU als auch die Unterschreibenden anzugreifen, zu stören, zu behindern!

Wir haben diese Woche die Scheiben der CDU-Kreisgeschäftsstelle Friedrichshain eingeworfen!

ZERREISST DIE UNTERSCHRIFTSLISTEN!!!
WEG MIT RASSISTISCHEN SONDERGESETZEN!!!
WEG MIT DER RASSISTISCHEN HETZE!!!
OFFENE GRENZEN FÜR ALLE!!!

UNSERE STADT SOLL SCHÖNER WERDEN

die nsdap-nachfolgeorganisation cdu hat die unterschriftenkampagne gegen nicht-deutsche gestartet.wir haben uns daran beteiligt und am 17.1.beim CDU KREISVERBAND WEDDING seestr.27 einige scheiben zerstört.wir wünschen diesen heuchlerischen cdu-aktivisten ,dieser ausländerhasserpartei,die mit ihrer aktion den hass gegen nicht-deutsche menschen schürt und somit zur menschenjagd aufruft alles schlechte für 1999.
für eine antifaschistische welt ohne pässe und grenzen. CDVU ZERSCHLAGEN!

autonome  miliz

STOPPT DIE CDU-UNTERSCHRIFTENKAMPAGNE

Keine zweite Brandstiftung

Die CDU will eine Unterschriftenaktion gegen die Teil-Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft durchführen. Jeder CDU-Kreisverband wird aufgefordert, Unterschriften zu sammeln. Die CDU hat weder im Bundestag noch im Bundesrat eine Mehrheit. Ob SPD und Grüne nun noch weiter einknicken oder nicht, eins erreicht die CDU auf jeden Fall: Die Unterschriftenaktion schürt eine rassistische Stimmung.

Die CDU hat eine ähnliche Kampagne schon einmal durchgeführt. Bevor Volker Rühe 1992 Bundesverteidungsminister wurde, war er Generalsekretär der CDU. Als angebliche Antwort auf das Erstarken der Republikaner forderte er alle Kreisverbände auf, bundesweit einheitlich gegen das bestehende Asylgesetz Veranstaltungen und Aktionen durchzuführen. Am Ende dieser Kampagne war die SPD tatsächlich eingeknickt und es wurde eine 2/3 Mehrheit für die faktische Abschaffung des Asylrechts im Bundestag gefunden. Dazwischen aber brannten hunderte von Flüchtlingsunterkünften, wurden tausende von Gewalttaten gegen Ausländer/innen und Flüchtlinge begangen, verbrannten Menschen. Rostock, Lübeck, Solingen, Mölln wurden zum „Markenzeichen“ der Bundesrepublik.

Die Neonazis haben nach allen Erkenntnissen von Jugendforscher/innen ihre Straftaten gegen Flüchtlinge und Ausländer/innen immer damit begründet, daß sie „nur“ der handelnde, der ausführende Teil einer insgesamt rassistischen Stimmung im Volk seien. Die CDU geht mit ihrer neuen Kampagne bewußt das Risiko ein, daß sich wieder eine solche rassistische Stimmung aufschaukelt - mit den entsprechenden Folgen. Die NPD hat schon geäußert, daß sie sich an der Aktion der CDU beteiligen wolle.

Kleines Reförmchen - die CDU macht die Welle

Die neue Bundesregierung hat in ihrer Koalitionsvereinbarung zum Thema „Doppelte Staatsbürgerschaft“ beschlossen, daß Kinder ausländischer Eltern mit ihrer Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, „wenn ein Elternteil bereits hier geboren wurde oder als Minderjähriger bis zum 14 Lebensjahr nach Deutschland eingereist ist und über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügt.“ Das ist leider nur eine halbherzige Abkehr vom Blutsrecht, wie es das Grundgesetz bisher vorsieht. Während in anderen Ländern jede/r, der/die im Land geboren wird, die entsprechende Staatsbürgerschaft erhält, werden die hier lebenden Ausländer/innen auf zukünftige Generationen vertröstet.

Weitere Voraussetzungen für die deutsche Staatsbürgerschaft sollen sein „Unterhaltsfähigkeit und Straflosigkeit“. Legte mensch diese Kriterien an CDU-Wähler/innen an, so müßten nicht wenige von ihnen jetzt ihren Paß abgeben.

Die Koalitionsvereinbarungen sind nur ein kleinster Schritt weg vom alten Blutsrecht hin zu einer Gesellschaft, in der alle hier lebenden Menschen zumindest die gleichen Grundrechte haben.

Die Ausgrenzung und Entrechtung von Flüchtlingen und illegalisierten Menschen wird auch in den Koalitionsvereinbarungen weiter festgeschrieben. Die Grenzen Deutschlands/ Europas werden weiter zur Festungsmauer ausgebaut. Bundesinnenminister Schily hat mit seiner Äußerung, das Boot sei voll, die Kontinuität der neuen Regierung zum Rassismus der alten unterstrichen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz wurde von einer großen Koalition aus CDU und SPD beschlossen. Es soll die Flüchtlinge regelrecht aushungern, indem ihnen die einfachsten Mittel zum Lebenserhalt verweigert werden. Daran wird auch die neue Koalition nichts ändern, ebenso wie die Wiedereinführung des Asylrechts kein Thema der Koalition ist. Vielmehr haben sich SPD und Bündnis 90/Die Grünen darauf geeinigt, eine EU-Initiative zur Stärkung der inneren Sicherheit mit dem Schwerpunkt „Bekämpfung illegaler Einwanderung“ zu ergreifen. Kanther lebt! Und die REPs, die Stammtische und andere bekennende Neonazis können jubeln. Besser könnten sie es auch nicht.

Für uns aber ist klar: Kein Mensch ist illegal!

Wir streiten weiter für eine Gesellschaft, in der alle hier lebenden Menschen gleiche soziale und demokratische Rechte haben, eine Gesellschaft, in der Rassismus und Faschismus keine Chance haben. Wir fordern weiterhin: Offene Grenzen für alle! Bleiberecht für Flüchtlinge! Keine Abschiebungen und keine Abschiebeknäste!

Die Aachener CDU macht bei der rassistischen Aktion mit. Wir fordern alle Aachener/innen auf, bei uns mitzumachen:

- Schützt das Leben von Migrant/innen!
- Unterschriftensammlung stoppen!
- Die Proteste beginnen erst.

Unterzeichner/innen: Flüchtlingsplenum, Fachschaft 7/1 an der RWTH, VVN, Libertäre Gruppe n.o.t., Rotes Büro, SAV, philfalt, Junge Linke (alle Aachen)

Kontakt: Antifaschistisches Bündnis, c/o Rotes Büro, Charlottenstraße 6, 52070 Aachen, Fax 0241/5152478

Walser - Debatte

Erinnern - Gedenken - Aufstören

In der letzten Ausgabe der *Interim* kurz vor Weihnachten wurden wir durch das Konterfei des ehemaligen DKP-Freundes Martin Walser erschreckt, das mit dem Wort "Arsch" versehen war. Diese senile Schwatztüte wurde derart präsentiert, weil eine "Antinationale Fraktion" sich wieder einmal dazu entschieden hatte, ausgerechnet in der *Interim* ein wenig Schabernack zu treiben. Unter der Überschrift "Endlösung der Vergangenheitsbewältigung" - eine Formulierung, die vermutlich auch als ideologiekritischer Leckerbissen gemeint war -, widmeten sie der Auseinandersetzung um die Walser-Rede anläßlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels drei Seiten ihres Jahresabrisses '98. In dieser Auseinandersetzung ergreifen sie Partei, weil sie es als ihre Aufgabe ansehen, dafür zu sorgen, daß "die Sprachlosigkeit sich nicht weiter so permanent von links hält". Und so wird von den 'Antinationalen' das schwierige und komplizierte Vorhaben, einen Umgang mit Auschwitz zu finden, einfach in die Ordnung und Beruhigung stiftende Rechts-Links-Politik-Folie eingetütet. Weil den GenossInnen nicht mehr als diese beiden Koordinaten zu Gebote stehen, wird Ignatz Bubis, der ökonomisch neoliberal optiert und politisch der FDP angehört, einfach der "Linken" eingemeindet. "Außer Ignatz Bubis" sei „niemand zu einer vernünftigen linken Position in der Lage" gewesen, schreiben die GenossInnen. Das läßt uns doch etwas trocken schlucken. - Zunächst einmal ist es völlig unautonom zu glauben, daß es nötig ist, für die eine Partei - Bubis - deshalb einzutreten, weil die andere Partei - Walser - eine selbstgerechte und in schlechtem Sinne antipolitische Position vertreten hat. Das führt nämlich wirklich nach Nirgendwo: Bubis wird der Status des Guten zugesprochen, 'bloß' weil er zu den Opfern gehört, bzw. eine der Opfergruppen repräsentiert. (Damit wollen wir nicht sagen, daß den Opfern nicht Wiedergutmachung, Respekt etc. gebührt, aber jemand hat schon nicht deshalb politisch recht, weil er/sie Opfer ist.) Der spontan so häufig eingenommene Standpunkt, daß die Opfer die Guten sind, weil die Täter ja die Bösen sind, stellt das Denken still und motiviert ohnmächtiges und falsches Handeln.

Warum finden wir es falsch, daß die Antinationalen meinen, sich hier auf eine der beiden angebotenen Seiten zu stellen? Hier unsere Antwort: Die VertreterInnen beider 'Parteien' scheinen vor allem anderen eines vermeiden zu wollen, nämlich daß es zu einer Bewegung in den Köpfen kommt, die eigenständiges Denken und politisches Handeln möglich macht, das die gegenwärtig zahlreichen ideologischen und praktischen Strömungen angreift, die denen sehr ähnlich sind, aus denen die historische Nazi-Ordnung ihre Kraft bezogen hat. Zwischen der ach so demokratischen BRD auf der einen Seite und der 1945 beendeten Nazi-Herrschaft auf der anderen Seite ziehen beide 'Parteien' einen so tiefen und dunklen Graben, daß man sich kaum vorstellen kann, daß beide staatlichen Ordnungen in der gleichen Gesellschaft und auf demselben Territorium verwirklicht werden konnten.

Diejenigen Lobbyisten und gutwilligen BürgerInnen, die für das öffentlich vorgegebene Gedenken votieren, erreichen damit paradoxerweise, daß Auschwitz der Denk- und Analysierbarkeit entzogen wird; der überwiegende Teil des bisherigen BRD-Gedenken-Kults beschwört Auschwitz als das negative ganz Andere der deutschen Geschichte und schiebt es so gleichzeitig weg. *Ge*denken heißt keineswegs *Nach*denken. Es aktiviert nicht Auseinandersetzung, sondern zwingt zur bedingungslosen Unterordnung unter eine vorgegebene Deutung. Wer hier eine Frage stellt, stört. Gedenken ist ungefähr auf dieselbe Weise politisch wie das Beten in der Kirche. Es hebt den Konformismus nicht auf, mit dem die Einzelnen auch vorher in der fremdbestimmten Masse aufgegangen sind. Es polt sie einfach um. Was gestern Tätermeute war, kann heute Büßermasse werden, - und umgekehrt. Die Einzelnen werden im kollektiven Ritual unselbständig. Selbständig, das glauben zumindest wir, werden sie erst in der gesellschaftlichen, in der politischen Auseinandersetzung.

Die Partei, die Walser repräsentiert, will anstelle des kollektiven Gedenkens das private Erinnern setzen. Diese Partei ist sehr groß. Denn ihr gehören nicht nur antipolitische Authentizitätsfetischisten wie der Großschriftsteller selbst an, sondern auch all die mehr oder weniger Glatzköpfigen, die als Angehörige einer selbstbewußte Nation wieder 'wer' sein wollen; bedauernswerte Menschen, die glauben, es von sich aus nicht zu schaffen, 'wer' zu sein. Und diese Gruppe erstreckt sich schließlich von Rechtsextremen aller Klassen und Bildungsstufen bis zu unserem neuen stoß- und gedankenresistenten Hohlkammerkanzler. All diese Leute wollen mit Auschwitz nichts mehr zu schaffen haben und wehren sich agressiv gegen eine öffentliche Auseinandersetzung. Wie das Mitmachen unserer Großväter und -mütter jeweils motiviert war, wer profitiert hat und warum die Nazis sogar glauben konnten, richtig zu handeln, wollen nicht nur diese Idioten, sondern auch sehr viele Angehörige der Gedenken-Partei lieber gar nicht wissen. Die älteren von uns kennen sie alle noch: Männer und Frauen, die kopfschüttelnd „Schlimm" murmeln, wenn es um Auschwitz und den Wahnsinnskrieg der Nazis geht, die aber nie etwas erzählen aus dieser Zeit, obwohl sie sie miterlebt haben.

Das Abwürgen des Nachdenkens, des Streits und der Auseinandersetzung im öffentlichen Raum um die von der Bevölkerung getragenen Taten der Nazis entweder durch Vorgabe eines bleiernen und mit 'frischem und naivem' Rassismus völlig kompatiblen Gedenkenkults oder durch die Verjagung in die Privatheit des stillen Erinnerns ist sowohl Ursache für die Hilflosigkeit der traditionellen antifaschistischen Positionen in der BRD (und der DDR) als auch für die fatale Anziehungskraft, die der neue Nationalismus quer durch alle Klassen, Bildungsstufen und Generationen auf Personen mit deutschen Personalpapieren ausübt.

Das generationsbedingte Verschwinden der am Holocaust Beteiligten löscht das Erinnern langsam aus. Was bleibt, ist Medialisierung und Virtualisierung. Wenn der Streit um den Talk des aufgeblasenen Walser etwas deutlicher als zuvor herausstreicht, dann ist es der Umstand, daß auch hier in Zukunft in einer Art Shoah-Business durch Seifenopern à la Spielberg und à la Washingtoner Holocaust Museum, wo man mit einer Karte "verfolgter Jude" spielen darf, eine größere Rolle spielen werden. Und es ruft ja in der Öffentlichkeit auch nur noch nachsichtiges Kopfschütteln hervor, wenn Gerhard Schröder sich doch allen Ernstes ein Mahnmal wünscht, "wo die Leute gerne hingehen". Das hat der wirklich gesagt, und kam sich wahrscheinlich sogar noch ziemlich schlau dabei vor, auf Geheiß seiner Medienberater die "Message positiv 'rüberzubringen". Da wünscht man sich doch fast den dicken katholischen Kohl zurück, der in seinem kitschigen Pathos sogar an seine eigene Rührung glaubte, und damit zugleich die ganze Hilflosigkeit eines wie auch immer gearteten Gedenkens gerade an Auschwitz augenfällig demonstrierte.

Eine autonome Position zum Gedenken an Auschwitz sollte sich dem Pro oder Contra Mahnmal-Talk verweigern. Diese 'Debatte' spielt die Rolle von so etwas wie einem Gesichtspeeling im Rahmen einer großen Regenerations- und -entschlackungskur für das neue Deutschland. Deutschland soll sich mit seinem neuen Hauptstadtgesicht wieder sehen lassen können und die emsig debattierenden Intellektuellen, seien sie neu-selbstbewußt oder alt-bundesrepublikanisch-vorsichtig, tun nichts anderes als zur Normalisierung der Staatsfratze beizutragen, die Berlin für viele staatstragende Europäer immer noch ist. Da wird dann festgestellt, daß der Rechtsradikalismus ganz normal ist, die Franzosen haben ja schließlich auch Rechtsradikale - und rumms: der deutsche Rechtsradikalismus ist plötzlich nicht mehr so schlimm, weil er nichts mehr mit dem Nazismus zu tun hat, sondern einfach ein gaanz normales europäisches Phänomen ist. Also, pourqui pas wieder ein bißchen nationalistisch sein? Das denken die einen genauso wie die anderen. Die einen, weil sie selbst Lust auf Nation und starken Staat haben, die anderen weil sie über ein sorgfältig gespaltenes Bewußtsein verfügen: auf der einen Seite gedenken sie Auschwitz, sowieso Staatsreligion der alten BRD, und auf der anderen Seite sind sie auf dem rechten Auge liberal und tolerant: die Rechtsradikalen, das sind ja nur arme Arbeitslose.

Autonom wäre eine Position, die sich dem genau damit einhergehenden Standpunkt der Beruhigung verweigert; eine Position, die unvorhergesehen Räume kreuzt, die sich der neuen staatlichen Normalität verweigert und im Alltag überall dort nervt, wo Schwafel, Obrigkeitshörigkeitsreflexe und brutale Erfolgs- und Standortmunterkeit herrschen. Autonom wäre eine Position, die Nein sagt zu einer Wallfahrtskirche für wohlfeiles Neigen des Hauptes um einige Grade mit "hohen Würdenträgern", Bullen und Soldaten in gewienerten Uniformen in vollem Wichs, für langatmige Pro- und noch mehr Pro-Besinnungsreden, wo alle irgendwie betroffen gucken, und manche handverlesene Jugendliche vielleicht sogar auch noch ein bißchen weinen dürfen, wenn die Fernsehkameras auf ihr Gesicht halten. Wunderbar nerven würde dagegen die Verwirklichung einer ganz anderen Gedenkstätte, an der niemand, der die BRD mit dem Auto quert, vorbeikommen würde: In der Mitte der Republik irgendwo bei Kassel sollte ein Kilometer Autobahn mit Kopfsteinen gepflastert werden, damit die AutobahnnutzerInnen dort an die ermordeten Juden, Sinti und Roma, Schwulen, Kommunisten und anderen Umgebrachten denken, während es dort für sie irgendwie 'nicht mehr so weiter geht wie bisher'.

Timur und sein Trupp



Vier Fußnoten zur Walser-Frage

Nach Martin Walsers „Friedensrede" am 11. Oktober 1998 in der Frankfurter Paulskirche erlebte die „Berliner Republik" ihre erste Antisemitismus-Debatte. Die radikale Linke blieb weitgehend sprachlos. Die Rückseite der Interim 466 und der Artikel der „Antinationalen Fraktion (AF)": („Von der Endlösung der Vergangenheitsbewältigung") sind daher zwei erfreuliche Ausnahmen.

Erstens: Martin Walser: Katalysator des Antisemitismus

Allerdings ist unverständlich, warum die AF in Martin Walser ausdrücklich keinen Antisemiten sieht und ihn lediglich als Nationalisten angreift, dem es „nur" um die deutsche Normalität gehe.
Diese Normalität hat mit Antisemitismus zu tun, weil ein (bruchloser) positiver Bezug auf die deutsche Nation nur möglich ist, wenn „Auschwitz" aus der Öffentlichkeit verschwindet. Wenn Walser gegen die „Dauerpräsentation unserer Schuld" wettert, verlangt er nichts anderes als das Schweigen über der deutsche Judenvernichtung , denn ohne Schande kann man nicht darüber sprechen. Die nicht verstummen oder verschwinden wollenden Überlebenden und deren Nachkommen stehen dem im Weg – inklusive der „Meinungssoldaten", die „Auschwitz" angeblich für „gegenwärtige Zwecke" instrumentalisieren. Ein grundlegendes antisemitisches Klischee, daß nämlich ganz allgemein die Präsenz der Juden das „deutsche Volk" bedrohe, steckt in Walsers Begriff der „Dauerpräsentation". Der antisemitische Schlachtruf „Die Juden sind unser Unglück" gewann durch „Auschwitz" tatsächlich den Inhalt, daß jeder Jude, der nicht schweigt, der „deutschen Identität" im Weg steht, weil er an die deutsche Untat erinnert. Dieser Zusammenhang ist als *sekundärer Antisemitismus* bezeichnet worden. *Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.*
Damit hängt das Argument zusammen, erst das Gedenken produziere den Antisemitismus, für den in Deutschland ansonsten kein Nährboden bestehe. Geäußert wurde solches in der auf Walsers Rede folgenden Debatte in den Feuilletons, zum Beispiel von Rudolf Augstein im „Spiegel". Schuld am Antisemitismus sind demgemäß nicht die Antisemiten, sondern die Juden.
Walsers Rede gab verschiedenen ApologetInnen Anlaß, selbst die ausgelutschtesten Topoi des Antisemitismus herbeizuzitieren: Die „große Macht" des „Weltjudentums" (Augstein nach Adenauer), die sich ausdrücke in „Haien in Anwaltsroben" und in der Übermacht der jüdisch-amerikanischen Medien, verschworen gegen Deutschland. Wenn Deutsche diese Dinge aus einer Opferperspektive betrachten, ist das nicht nur falsch, sondern auch gefährlich.

Martin Walser spielte bewußt selbst mit dem niedrigsten aller Klischees: Sein Vorwurf der „Instrumentalisierung" des Holocaust zu „gegenwärtigen Zwecken" fiel in eine Zeit, in der ZwangsarbeiterInnen um Entschädigungen zu kämpfen begannen: Die Juden machen sogar mit der Geschichte noch Geschäfte - das kam im Volke an, auch wenn Walser nach einiger Einwirkungszeit diesen Zusammenhang dementierte. Ob Walser Antisemit „ist", soll hier nicht beurteilt werden – seine Rede jedenfalls gab allen Antisemiten Gelegenheit, sich auf großer Bühne zu äußern. Militante Antisemiten schätzen offensichtlich die Lage und Stimmung als günstig für eine spektakuläre Aktion ein und sprengten Heinz Galinskis Grabstein in die Luft. Die Sprengkraft der Bombe hätte an anderer Stelle Todesopfer gefordert.

Zweitens: Die deutsche Betroffenheitskultur

Mit seinem Generalangriff auf die *öffentliche* Erinnerung an den Holocaust – das sei „Privatsache" – meint Martin Walser den durch alliierte Kontrolle und Interventionen der liberalen Weltöffentlichkeit mühsam durchgesetzten Grundkompromiß in der BRD, wenigstens dem Gedenken an die Opfer des deutschen Terrors eine wichtige Stellung beizumessen. Daß diese „Betroffenheitskultur" vielen Deutschen aufgepfropft vorkommt, spricht nicht gegen diese, sondern gegen jene; so verlogen die „Betroffenheit" oft auch sein mag: klar ist, daß Ignatz Bubis versucht, sie zu verteidigen, nicht weil er so viel von ihr hielte, sondern weil ohne sie kein Halten mehr wäre.
Die Zweischneidigkeit der offiziellen Betroffenheit illustriert die hartnäckig anhaltende Auseinandersetzung um das mitten in Berlin geplante und von Schröder, Augstein , Walser u.v.m. abgelehnte Mahnmal für die ermordeten Jüdinnen Europas. Einer Mehrheit der deutschen BefürworterInnen dient es als Schlußstrich unter die Auseinandersetzung um Gedenken, um Entschädigungen und anderes. Trotzdem wäre es ein Affront für die nach „Normalität" Strebenden.

Drittens: Ist Bubis ein Linker?

Daß die AF der Ansicht ist, „außer Ignatz Bubis scheint niemand zu einer vernünftigen *linken Position* in der Lage zu sein", ist verwunderlich, denn Bubis ist kein linker Politiker, sondern Sprecher der Opfer. Außer von linksradikalen ist seine Position von niemand als „links" bezeichnet worden. Natürlich bezeichnete er Walser als das, was er ist und bezog innerhalb der speziellen Debatte die – für ihn von Walser vorgesehene – Position, die man im spezifischen fall auch „links" nennen kann, weil es „links" sein sollte, etwas gegen Antisemitismus zu haben.
Dennoch ist es keine Nebensache, daß Ignatz Bubis kein „linker", sondern ein im besten Sinne bürgerlicher Politiker ist. Seine Eingemeindung durch die AF verweist verweist auf einen populären Fehler der Linken: daß nämlich von Opfern der Rechten erwartet wird, durch ihre

Repressionserfahrung geläutert, gut und somit „links" zu werden. Gerade „den Juden" wurde das im Zusammenhang mit der Politik des israelischen Staates immer wieder vorgeworfen, nach dem Motto: „Die müßten doch wissen, wie schlimm sowas ist". Die deutschen Verbrechen an den Juden wurden und werden von Deutschen dazu benutzt, den israelischen Staat eine normale – was wäre hierzulande los, wenn es der Hamas oder dem Dschihad vergleichbare Organisationen gäbe - Aufstandsbekämpfungspolitik moralisch zu verbieten.
Natürlich ist es richtig, sich in Fragen der „Normalisierung" auf die Seite der jüdischen Gemeinden und die der anderen Opfer des deutschen Wahns zu stellen. Das darf allerdings nicht zu einer „Eingemeindung" derselben in die „Linke" führen; das ist unseriös und kommt einer „Instrumentalisierung" tatsächlich nahe. Zu kritisieren ist in diesem Zusammenhang auch die hoffentlich ausgestorbene VeganerInnen-These vom „Hühner-KZ" oder das Durchführen von PKK-Soli-Kundgebungen auf dem Gelände des KZ Buchenwald. Auch noch so „undogmatische" deutsche Linke haben bezüglich des „Antizionismus" und Antisemitismus eine aufzuarbeitende Vergangenheit. Diese Aufarbeitung erfordert nicht nur die Anerkennung einer „neuen" Opfergruppe, sondern auch theoretische Konsequenzen (z.B. muß die personalisierende Spekulantenhetze aufhören, ebenso die Marionetten- und Drahtzieher-Plakate) und läßt sich nicht durch Identifikation mit den Opfern ersetzen.
Daß Bubis' Position von Linken als links wahrgenommen wird, spricht für die hegemoniale Verschiebung der deutschen Gesellschaft nach rechts – hier liegt das Problem.

Viertens:Generationenproblem Antisemitismus?

Stolz verwies der deutsche Dichter auf breite Zustimmung. „Tausend Briefe...Ausdruck einer einzigen Bewußtseinsregung" hat er erhalten; die SchreiberInnen fühlten sich „befreit". Millionen Deutsche dürften an den Stammtischen oder in der Frühstückspause festgestellt haben, daß er ihnen aus dem Herzen sprach. Die Bild-Zeitung betonte, dank Walser könne man wieder „stolz sein, ein Deutscher zu sein". Die Einschätzung der AF: die Forderung nach der Lizenz zum Wegschauen sei als „Generationenkonflikt" interpretierbar, in dem die Jüngeren das Gedenken gegen die Älteren aufrechterhielten, ist zwanghaft zweckoptimistisch. Vierzig Prozent der männlichen Erstwähler in Sachsen-Anhalt haben die DVU gewählt, die Partei des Antisemiten Frey. In der Walser-Debatte geht es nicht um eine „eher ärgerliche Alterssehnsucht", sondern um nach wie vor gefährlichen deutschen Antisemitismus, dessen Katalysator Martin Walser ist.
Für die radikale Linke stellt die Debatte eine Lektion dar. Der „Vormarsch" der Rechten spielt sich nicht nur „auf der Straße" ab, sondern wesentlich auch hegemonialpolitisch, in publizistischen oder „wissenschaftlichen" Debatten. An der Walserei zeigte sich, daß die radikale Linke auf solchem Terrain große Schwierigkeiten hat. Gegen eine Debatte läßt sich nicht so leicht demonstrieren wie gegen eine Partei oder ein Gesetz. Man kann Widerstand diesbezüglich auch nicht „leben". Zu viele in der radikalen Linken sind nach wie vor der Ansicht, daß Theorie, Lesen und Schreiben keine „Praxis" sei – zu hoffen ist, daß Walser, Augstein Dohnanji und die FAZ sie eines besseren belehrt haben.

Grüße an die AF!
Ralph P.

Eine Dokumentation der Walser-Rede und der wichtigsten Debattenbeiträgen gibt es im Infoladen Daneben, bei Schwarze Risse und im Papiertiger als Kopiervorlage. Leute von außerhalb können sie gegen 6 DM in Briefmarken bestellen bei: Martin Walser c/o Papiertiger, Cuvrystr. 25, 109xx Berlin
Im Papiertiger gibt es auch eine ausführliche Pressedokumentation der Debatte in einem extra-Ordner.

Einen Reader „Martin Walser - über die Standpunkte eines rechtsextremistischen Intellektuellen" mit ausführlicher Einleitung, Auszügen aus früheren Werken Walsers und Dokumentation der Debatte bis Mitte November 1998 gibt es bei der Linken Liste an der Uni-GH Duisburg, c/o AStA-Geschäftsdienst, Lotharstr. 65, 47058 Duisburg, Tel.: 0203 / 353 788, e-mail: linke.liste@unidui.uni-duisburg.de

Ende Januar gibt das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) einen Reader mit Einleitung und ausführlicher Dokumentation der Diskussion um die Rede in der rechten bis rechtsradikalen Presse heraus. Zu bestellen bei: DISS, Realschulstr. 51, 47051 Duisburg

Volxsport

IG FARBEN:
KEIN VERGEBEN-KEIN VERGESSEN!

Die IG Farben i.A., Profiteurin der Zwangsarbeit, muss endlich die Opfer entschädigen und sich selbst auflösen: Um diese Forderung zu unterstreichen, haben wir am 21.12. nachts die Büroetage (und den Eingangbereich) der IG Farben in der Silberbornstraße in Frankfurt-Dornbusch mit Steinen und Farbflaschen beworfen. Mit dieser Aktion wollen wir auch Stellung beziehen gegen die antisemitische+ deutschnationale Schlußstrichdebatte. Nichts und Niemand wird vergessen!

Offener Brief des Conne Island / Leipzig Leipzig, den 11. 12. 98

Betreffs: Nazis beim Konzert!

Zu den Fakten: Am 6. November 1998 fand im AJZ Talschok / Chemnitz ein Hardcore-Konzert mit Hard Resistance / Discipline statt. Neben dem üblichen Spartenpublikum befanden sich auch mehrere Nazis (die Angaben schwanken von 5 bis 25) unter den Besuchern. Diese - äußerlich erkennbar u.a. anhand von Skrewdriver T-Shirts und Runenzeichen auf der Kleidung - kamen nicht durch die Hintertür oder mittels Gewaltanwendung in den Saal. Im Gegenteil, völlig unproblematisch ging es an der Einlaßkontrolle vorbei in den Konzertraum. Während des Konzerts wurden HC'ler am Tanzen gehindert, mindestens einer wurde geschlagen, wobei ihm ein Piercing aus der Haut gerissen wurde. Desweiteren outete sich die besagte Nazi-Gruppe mit White Power- und Sieg Heil-Grüßen. Der Einlaß wurde im Laufe des Konzerts auf die Vorfälle angesprochen. Er reagierte nicht!
Am 12. November 1998 wurde seitens des Conne Island - ein antifaschistisches Jugendzentrum in Leipzig, welches ebenfalls regelmäßig HC-Konzerte veranstaltet - schriftlich um eine Stellungnahme zu dem besagten Vorfall in Chemnitz nachgesucht. Das AJZ Talschok Chemnitz reagierte nicht!
Der Umgang der Verantwortlichen im AJZ-Chemnitz, sowohl während des Vorfalls selber, als auch mit der Bitte um eine Stellungnahme läßt nur einen Schluß zu: Die Tatsache, daß Nazis ohne jedwede Tarnungsversuche Konzerte und Veranstaltungsorte besuchen, die bis heute im allgenmeinen Verständnis als "alternativ", "antifaschistisch", "antirassistisch", "links", mindestens aber als nicht rechts gelten, findet man in Chemnitz nicht problematisierungswürdig. Der Vorfall soll gedeckelt werden. Konsequenzen, wenn überhaupt, nur unter Ausschluß der Szene, der Antifa, der Öffentlichkeit gezogen werden.
Sumasumarum: Eine risengroße Schweinerei!
Mag sein, daß HC nicht mehr das ist, ja nicht einmal mehr sein will, was es einmal sein wollte. Büsser hat es aufgeschrieben und die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Der Traum von der linken Gegenkultur "Hardcore" ist im Großen und Ganzen heute unrealistischer denn je. Aber ist es nun schon soweit, daß die Macher in der Szene zu besseren Sozialarbeitern für Nazis werden? Muß Realitätssinn automatisch im ekelhaftem Opportunismus gegenüber den Verhältnissen enden?
Jedes Kind weiß, wie es um die Jugendkultur im Osten bestellt ist. Den Nazis gehört bis auf wenige Ausnahmen die Straße, das Jugendzentrum etc. Die wenigen Demokraten im Westen erschrecken immer wieder aufs Neue über die Hegemonie der Faschos im Osten. Die Antifa muß sich damit auf einer ganz anderen Ebene rumschlagen und weiß kaum noch, wo ihr der Kopf steht.
Ausnahmen von der Regel bestehen dort, wo Jugendzentren existieren, in denen politische und kulturelle Projekte zusammengehen und dabei einen gemeinsamen Nenner haben: Gegen Nazis zu sein! Das heißt, auch wenn sich der Traum (von den Alten), im Takt von HC-Musik die Gesellschaft umzustülpen, an der Realität blamiert hat, ist nicht jede lokale Szene, nicht jedes Projekt, jedes Individuum und schon gar nicht jede Entscheidung, welche in solchen Kreisen getroffen wird, unpolitisch. Wer die kleine sächsische Gemeinde Roßwein kennt, weiß wovon die Rede ist. In den meisten umliegenden Nestern haben Nazis das Sagen, in Roßwein haben sie hingegen ein Problem. Hier gibt es nämlich eine "linke" Szene und die trifft sich im Jugendhaus, welches sich mittlerweile als fester Bestandteil der HC-Szene etabliert hat. Antifa-Szene und HC-Szene überschneiden sich, zumindestens macht man dies und das zusammen und meidet sich nicht. Ähnliches kann man in Dessau, Glauchau und nicht zuletzt in Leipzig beobachten.
Fazit: Antifaschistische Jugendprojekte sind die einzige Möglichkeit den Nazis dauerhaft Paroli zu bieten. Und HC ist hier, am ganz praktischen Beispiel, mehr als nur massenkompatibles Musiksegment. Das natürlich weiterhin, darüber hinaus aber auch Aushängeschild, werbewirksames Medium für einen ganz banalen polit. Grundsatz, dem man wahrscheinlich auch im AJZ (Alternatives...?, Antifaschistisches....?, Anderes...?) Talschok verbal noch zustimmen dürfte: Nazis raus!
In Chemnitz scheint man das nicht kapiert zu haben. Denn nur so erklärt sich die verantwortungslose und nicht problematisierte Einlaßpolitik. Was sich z.B.die Roßweiner, Dessauer, Glauchauer, Leipziger,... HCler hart erkämpft haben, hängt man hier an den Nagel. Worauf viele junge Linke und Punks bauen, die sonst in ihren Nestern die Übermacht der Nazis tagtäglich spüren, nämlich ein Quentchen Sicherheit und Raum für die eigene Meinung (hier ist noch nicht mal von politischem Engagement die Rede), tritt man hier mit Füßen. Wähnt man sich als Konzertveranstalter aber wirklich zwischen gut und böse, herrscht die Auffassung vor, Kultur sei in jedem Falle, besonders im eigenen, unpolitisch, dann muß dies schnell zugegeben werden. Denn alle, die sich bis jetzt Illusionen hingegeben haben, müssen gewarnt werden! Hoffentlich hat man diesmal mehr Courage und positioniert sich öffentlich.
Ungerecht an der bis jetzt geäußerten Kritik ist wahrscheinlich nur eins. Es könnte der Anschein entstehen, nur der Veranstalter in Chemnitz habe verantwortunglos und politisch fatal gehandelt. Natürlich wäre dies zu

kurz gegriffen. Im Konkreten heißt das, sowohl die Agentur als auch das Publikum und die Bands haben an dem besagten 6. 11. an der Dokumentation über den traurigen Ist-Stand der Hardcore-Szene (im Osten?) mitgewirkt. (Falls sie nichts mitbekommnen haben, was kaum zu glauben ist, wird der spezielle Schuldvorwurf hinfällig.) Bestehen bleibt aber die generelle Einforderung einer Positionierung zu den beschriebenen Vorfällen. Denn, wenn die Tatsache, daß Nazis sich völlig ungestört und in aller Offenheit bei HC-Konzerten amüsieren, auch nach dieser Veröffentlichung auf so wenig Entrüstung stößt wie bis bisher, müssen diejenigen, für die HC more than music ist, sich überlegen, was sie noch mit der Szene verbindet. Für das Conne Island dürfte das der Ausstieg aus dem HC- Netzwerk bedeuten. Denn hier gehörte Antifa und HC immer irgendwie zusammen. Denen, die anders, zumindestens keine Nazis sein wollen, wird hier immer noch eine Insel geboten, auf der Nazis folgerichtig nichts zu suchen haben, die also mehr ist als Schall und Rausch. Wird diese Einstellung von Leuten aus der Szene, von den relevanten Agenturen und Veranstaltern geteilt, dann sollte schnell und zwar ganz schnell darüber nachgedacht werden, wie mit ähnlichen Vorfällen in Zukunft umgegangen werden soll. D.h. welche Möglichkeiten der Sanktionierung gibt es gegenüber verantwortungslos handelnden Läden, Agenturen, Bands, Fans. Für uns steht zumindestens jetzt schon fest, daß wir solange das AJZ Talschok kein Problembewußtsein signalisiert, allen Antifaschisten in der Szene nur abraten können mit dem AJZ Talschok in Chemnitz zusammenzuarbeiten. Dies ist noch kein Boykottaufruf, könnte aber einer werden!
Desweiteren macht die ganze Aufregung natürlich nur Sinn, wenn gleichzeitig überlegt wird, wie der politische Charakter der Einlaßpolitik transparenter gemacht werden kann, also wenigstens noch ein politisches Aushängeschild der HC-Szene, welches annähernd, oder besser, an einigen Orten der Realität entspricht, populärer gemacht werden kann und vielleicht zu so etwas wie einem neuen Element einer polit. HC-Generation wird.
Abschließend fordern wir alle Angeschriebenen/Angesprochenen auf, zu der Problematik öffentlich Stellung zunehmen. Damit endlich mal bekannt ist, wer wo steht!

Antifa heißt Angriff. HC is more than music. PC ist geil! Mit antifaschistischen Grüßen. Conne Island Leipzig

Presseerklärung der Antifa Südbrandenburg

Daß Linke, durch ihre meist oppositionelle Politik und dem Versuch ihrer Verwirklichung, in diesem Land das rege Interesse der exekutiven Staatsgewalt auf sich ziehen, ist nichts neues. So ist es kein Geheimnis mehr das linke Zentren, Jugendclubs, Initiativen und Aktivisten tagtäglich überwacht und abgehört werden. Dabei werden Informationen über sie gesammelt, um sie bei ungesetzlichen Handlungen oder welche als solche konstruiert werden, sofort mit allen erdenklichen repressiven Maßnahmen unschädlich zu machen. Die Abwehr der staatlichen Verfolgung gestaltet sich oft sehr schwierig, da Staatsschutz und Verfassungsschutz auf einem ihnen gewohnten Terrain agieren. Gerade jugendliche Linke, die wenig Erfahrung haben, sind mit einer solchen Situation schnell überfordert. Genau dies wird von der Polizei bewußt ausgenutzt, wie bei den folgenden Ereignissen. Die Mordkommission Cottbus versuchte junge Linke aus Spremberg über den Mord an einem polnischen Mann, mit dem keiner auch nur entfernt zu tun hatte, zu Aussagen über ihre Gruppe und deren Mitglieder zu bewegen. Samstag den 28. November 1998 wollen junge Linke aus Spremberg nach Greifenhain zur Disko. Zuvor besuchen sie den Jugendclub Welzow, wo ihnen schon auf dem Parkplatz eine Zivilstreife auffällt. Der Discobesuch verläuft ohne Zwischenfälle, doch auf der Rückfahrt werden sie von einer neuen Zivilstreife begleitet.

Am folgenden Tag wird in Domsdorf, welches nicht auf der Fahrstrecke der Jugendlichen lag, eine männliche Leiche gefunden. Die Polizei geht davon aus ,daß der Ermordete polnischer Nationalität ist (er hatte keine Papiere) und nicht am Fundort getötet wurde. Tatsachen die belegen, daß keiner der Jugendlichen aus Spremberg in den Fall verwickelt ist oder Hinweise dazu geben könnte. Dennoch werden fünf Jugendliche, zwei wohnen zur Zeit in Cottbus, mit Hausbesuchen durch MoKo Kommissar Uwe Sattler beehrt. Dieser fordert sie mündlich zu einer Zeugenvernehmung im Polizeipräsidium Cottbus auf. Hausdurchsuchungen finden nicht statt. Verunsichert durch das Auftreten Sattlers, begeben sich die Jugendlichen nacheinander am 9.12. ,10.12. und 11.12.98 zur Vernehmung in das Polizeipräsidium Cottbus. Dort machen alle die Aussage, daß sie weder am Tatort waren und auch keine Hinweise zur Aufklärung haben. Trotzdem wird ein Spremberger willkürlich aufgefordert eine Speichel- und Haarprobe abzugeben. Er weigert sich anfangs, woraufhin Uwe Sattler mit einer richterlichen Verfügung droht, was den Jugendlichen, der kaum Kenntnisse seiner rechtlichen Möglichkeiten hat, einschüchtert. Ohne einen schriftlich festgehaltenen Widerspruch werden "dem Zeugen" die Proben genommen, was bei genauer "rechtlicher" Betrachtung mit einer Freiwilligkeit gleichzusetzen ist. So kann er im nachhinein keine gerichtlichen Schritte gegen dieses Unrecht einleiten. Auf einzelne Vernehmungen einzugehen erübrigt sich, da alle den selben Kontext hatten. Im Vordergrund standen Fragen zum Freundeskreis und einzelnen Personen aus der linken Szene. Dabei betonte Kommissar Sattler, im Kumpelton sprechend, duzend, daß es nicht um ihre politische Einstellung gehe und er selbst "Faschos auch Scheiße findet"(Zitat Sattler).Immerhin besucht er mit seinem Sohn auch Ärztekonzerte(Aussage von U. Sattler).

Einige Tage später macht Sattler dem "offenen Haus" in Spremberg und dem Jugendclub Welzow seine Aufwartung und befragt dort die Sozialarbeiter und mehrere Jugendliche. Scheinbar war damit die Neugier noch nicht befriedigt, denn schon in der ersten Woche dieses Jahres, verschickte das 4. Kommissariat (Staatsschutz) im Polizeipräsidium Cottbus Einladungen zur "Personalienfeststellung", ohne Angabe von Gründen, an mehrere Junge Linke aus Cottbus. Es ist anzunehmen das, wie schon im Vorjahr, versucht werden soll, Informanten für den Staatsschutz anzuwerben. Solch ein Anwerbungsversuch war im Dezember 98 in Cottbus gescheitert. Das Wichtigste in solchen Situationen ist einen klaren Kopf zu bewahren, seine Rechte zu kennen und schweigsam zu sein. Wir hoffen mit dieser Veröffentlichung, unsererseits Druck auf die uns verfolgende Staatsgewalt auszuüben, um dieser Welle der staatlichen Repression ein Ende zu setzen.

Keine Nazis in Dürwiß, Eschweiler und anderswo

Am 30. Januar 1933 übergaben die konservativen Eliten, repräsentiert von Reichspräsident Hindenburg, die staatliche Macht an die Nazis. Für Nazigegnerinnen und Nazigegner ist dieses Datum jedes Jahr Anlaß, gegen alte und neue Nazis und den seit Jahren zu beobachtenden Rechtstrend vor allem in der Außen- und Flüchtlingspolitik auf die Straße zu gehen. Dieses Jahr rufen wir dazu auf, in Eschweiler gegen die Nazistrukturen in der Region zu demonstrieren

Alarmzeichen gibt es genug - erneute Naziaktivitäten in Eschweiler

In Eschweiler-Dürwiß werden seit Anfang November letzten Jahres erneute Aktivitäten von Neonazis unter der Führung Sascha Wagners beobachtet. Der in Dürwiß als "Mann fürs Grobe" des bis vor einem Jahr dort tätigen Naziverlegers Manfred Rouhs hinlänglich bekannte hochrangige Funktionär der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten wurde von Anwohnern identifiziert. Auch der Ort ihres Auftretens ist altbekannt. Es handelt sich um Räume in jenem Haus in der Jülicherstraße 247, in dem bis zur Jahreswende 1997/98 der Verlag des oben erwähnten Manfred Rouhs ansässig war. Das Haus gehört dem ehemaligen Kassenwart der Aachener NPD Paul Nießen; er wird wohl keine Bedenken haben, das Haus auch weiterhin an aktive Faschisten zu vermieten. Es gibt deutliche Hinweise darauf, daß die NPD auf diese Möglichkeit zurück greift und genau in diesen Räumen ein landesweites Schulungszentrum der NPD entstehen soll.
Aus diesen Kreisen wurde bereits deutlich gemacht, daß sie vor Gewalt nicht zurück schrecken werden.

Lokale Aktivitäten von Nazis in Stadt und Kreis Aachen waren im letzten Jahr zu beobachten. In ihrem Mittelpunkt stand der Eschweiler Michael Schlee, der im Spätsommer 1998 ein Zeltlager für rechtsgerichtete Jugendliche veranstaltete. Die von besorgten Anwohnern des Zeltgeländes gerufene Polizei löste das Lager auf, beschlagnahmte Fahnen und CD's und Gerät für paramilitärische Übungen. Michael Schlee, ebenfalls ehemaliger Funktionär der örtlichen NPD, machte bislang vor allem von sich reden, als er 1989 ein Mitglied der Eschweiler Grünen mit einer Eisenstange überfiel. In der Folgezeit hielt er sich weitgehend bedeckt, doch war sein Copy-Shop in der Marienstraße als Treffpunkt rechter Jugendlicher bekannt. Noch im letzten Jahr erreichten uns Berichte, nach denen sein jugendliches Umfeld auch einzelne AntifaschistInnen konkret bedrohte.

Wir rufen zu der Demonstration am 30.01.1999 auf, um den Nazis klarzumachen,
daß wir wachsam sind,
daß wir uns nicht einschüchtern lassen,
daß wir alles uns Mögliche unternehmen werden, daß sie hier in der Region nicht Fuß fassen.

Zeit zum Handeln - jetzt geht´s erst richtig los

Durch ihr Auftreten im "braunen Haus" in Dürwiß und ihr versuchtes Zeltlager im letzten Jahr, haben die Nazis klargestellt, daß sie erneut versuchen werden, in Eschweiler und in der Region aktiv zu werden und öffentlich aufzutreten. Offenbar haben die Menschen in der Region, die sich gegen den Verlag des Manfred Rouhs durchaus erfolgreich engagierten, sich zu früh gefreut, als sie ihr Ziel Anfang 1998 für erreicht hielten. Der Kampf gegen die Nazis in der Region ist nach wie vor aktuell - auch wenn das Ausmaß der Naziaktivitäten noch nicht absehbar ist. Hoffentlich sind wir nicht vom Regen in die Traufe gekommen. Doch lassen gerade die Erfolge der Antifaschistinnen und Antifaschisten und insbesondere der Dürwißer Bürgerinitiative "Gemeinsam gegen Neonazis" darauf hoffen, daß die Faschisten keinen Fuß fassen können, weder in Dürwiß noch anderswo.

Wehret den Anfängen; Beteiligt Euch alle an der Demo gegen die Nazistrukturen in Dürwiß und der Region !

ErstaufruferInnen: Libertäre Gruppe n.o.t.; infocafé aachen; Antifaschistische Radioinitiative ARI; AK gegen Rechts, Eschweiler; VVN-BdA, Kreisverband Aachen; Sozialistische Alternative Voran, Aachen; Grün-Alternative Jugend, Düren; Bündnis'90/Die Grünen, Eschweiler; Grün-Alternative Jugend, Eschweiler;

Start: Samstag, 30. Januar 1999
Eschweiler Talbahnhof, 12.00 Uhr
Treffpunkt Aachen: HBF, 11.00 Uhr

Das Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.E.E. gibt bekannt:

Nach dem letzten bundesweiten Nachbereitungstreffen des Görlitzer "Kein Mensch ist illegal"-Sommercamps Anfang Dezember `98 in Leipzig haben wir uns in Berlin zusammengesetzt. Gemeinsames Ziel dieses Plenums ist die Vorbereitung eines zweiten Grenzcamps im Rahmen der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" in dem Dreiländereck BRD/Polen/Tschechien bei Zittau im August 1999. Anwesend waren bei den bisherigen drei Treffen zum Teil GruppenvertreterInnen (AOK, Donnerstags-Gruppe FFM, Anti-Atom-Plenum) als auch Einzelpersonen. Wir gehen davon aus, daß die Zusammensetzung dieses Plenums auch in Zukunft durch ein Mischungsverhältnis zwischen Einzelpersonen und GruppenvertreterInnen bestimmt werden wird. Das Plenum versteht sich als nicht geheim aber auch zunächst einmal als nicht öffentlich, sondern als informell. Neue Leute werden von uns persönlich angesprochen, und sollen sich dann im Plenum vorstellen. Die Aufgabe des Plenums soll neben der Regelung des jeweiligen Orga-Krams darin bestehen, beständig auch über unser eigenes politisches Selbstverständnis zu diskutierten. Auf die Frage, wie sich dieses Plenum benennen will, gab es zunächst einmal Gelächter. Dem als Grund angegebenen Umstand, daß viele autonome Zusammenhänge es noch nicht einmal geschafft hätten sich selbst einen Namen zu geben, wurde entgegengehalten, das viele autonome Gruppen eben nur das "auf die Reihe bekommen" hätten, bevor sie sich wieder aufgelöst hätten. Als Name wurde der Begriff "Camp ´99" deshalb verworfen, weil es den schon für ein gegen den EU-Gipfel in Köln geplantes Camp gibt. "Camp 2000" klang manchen zu modern, und "Zeltplatzinitiative" zu sehr nach Bürgerinitiative. So blieb als Selbstbenennung der Begriff Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.E.E. zurück, den man aus Gründen der Abwechslung mit vielen Punkten schreibt. Zelten tun wir ohnehin im Sommer ganz gern, und wenn wir irgendwann einmal vor lauter Armut aus der Wohnung fliegen, bleibt uns eh` nichts anderes mehr übrig. Insofern hat in diesem Begriff sowohl das Private wie auch das Politische zumindest seinen Zelt-Platz.

Bislang wurde während der Treffen über den Verlauf und die Ergebnisse des letzten bundesweiten Camp-Vorbereitungstreffens Anfang Dezember in Leipzig diskutiert. Dort waren trotz des schlechten Wetters über 50 Leute quer aus dem ganzen Bundesgebiet anwesend. Nach dem halbwegs gelungenen Sommercamp bei Görlitz scheint es ein spürbar gesteigertes Interesse an der Durchführung eines zweiten Sommercamps zu geben. Das Problem existiert aber derzeit darin, eine funktionsfähige Arbeitsstruktur auf die Beine zu stellen, um eben dieses zweite Camp durchzuführen. Am Verlauf des Treffens in Leipzig wurde kritisiert, daß es keine erkennbare Strukturierung von irgendwem gab, und sich Ad-hoc Beiträge nicht aufeinander bezogen. Es existiert ein großer Unwillen dagegen sich die Zeit zu nehmen, politisch zu diskutieren. Manche sagen, daß man doch einen "Konsens klar" habe, da man "gegen den BGS" sei. Bei Fensterreden im Plenum darüber "was alles wichtig ist und noch zu tun ist", entsteht schnell bei vielen das Gefühl das Alle für alles zuständig sein sollen. Völlig zu Recht entsteht so der Eindruck der permanenten Überforderung, in der nur noch Leute, die die Nerven verlieren, bereit sind, Arbeitsaufträge anzunehmen. Für das kommende bundesweite Camp-Arbeitstreffen Anfang Februar 1999 in Berlin müssen die Gespräche und Diskussionen auf dem Plenum deshalb unbedingt straffer organisiert werden, damit die TeilnehmerInnen überhaupt die Chance gewinnen, sich einen Überblick zu verschaffen, was noch zu tun ist. Zwischenzeitlich ist zu unserer großen Freude der Nachbereitungsreader vom Görlitzer Camp: "... das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden..." erschienen, der zur Mobilisierung für das nächste Camp benutzt werden kann.

Am ersten Februarwochenende wird es in Berlin ein weiteres bundesweites Vorbereitungstreffen für das Sommercamp bei Zittau geben. Bis dahin soll von uns ein Vorschlag für einen Camp-Aufruf vorgelegt werden, der dann auf diesem Treffen diskutiert werden kann. Themen dieses Aufrufes werden dabei u.a. die Situation in den Grenzregion, unser Verhältnis sowohl zur dort lebenden Bevölkerung, zum BGS, zu den Flüchtlingen, zu Migration, Sicherheit und Freizügigkeit, die Frage des öffentlichen Raumes, Reichtum und Armut, wie überhaupt zur Politik im allgemeinen, also sprich: Zur ganzen Welt sein. Für die Praxis des zweiten Camps im Dreiländereck, die bekanntlich aus dem Gedanken entspringt, wird von uns erneut eine Mischung aus "Vermittlung", "Provokation" und "Störung" angestrebt. Von einem Genossen wurde das Bedürfnis geäußert, bei einem unserer nächsten Treffen darüber zu diskutieren, was "offensives Vorgehen" bei dem nächsten Sommercamp heißen kann. Bislang haben wir auf unserem Treffen ein erstes Thesenpapier und ein Aufruffragment diskutiert. Diese Diskussionen waren überhaupt nicht tot, sondern außerordentlich lebendig. Sie zeigen uns nicht nur, welche kontroversen Standpunkte zur Welt wir gegeneinander einnehmen, sondern auch, das in der ganzen Thematik doch einiges "an Musik" drin ist. Wir werden diese Diskussion engagiert fortführen. Am ersten Februarwochenende vom 4.-7. erhalten wir in der *Volksbühne* Berlin am Rosa-Luxemburg-Platz im Rahmen eines post-modernen sogenannten "mile des plateau"-Spektakeles ein kleines Plätzchen, wo wir nicht nur das AK-Kraak-Video zum Görlitzer Camp zeigen, sondern auch ein sogenanntes "Wintercamp" durchführen werden. Neugierige sind ganz herzlich eingeladen, uns dort zu besuchen. Sie dürfen dann auch ein paar höfliche Fragen an uns richten, die wir - so oder so - beantworten werden.

Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.E.E, Berlin, den 21.1.1999

„... das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden..."



- to cross the border 1999 -
Bilder, Zeitungsausschnitte, Diskussionen
eine Nachbereitung zum Grenzcamp bei Görlitz 1998

ALLE GEWALT GEHT VOM STAAT AUS

LLL- Demonstration erneut Ziel marodierender Bullenhorden

Große Polizeirandale auf der gesamten Route der LLL- Demo endete mit 44 Festnahmen und mehreren zum Teil schwer Verletzten. Weitere Ausschreitungen der Ordnungsmacht konnten durch entschlossenes Verhalten der Demonstantinnen verhindert werden.

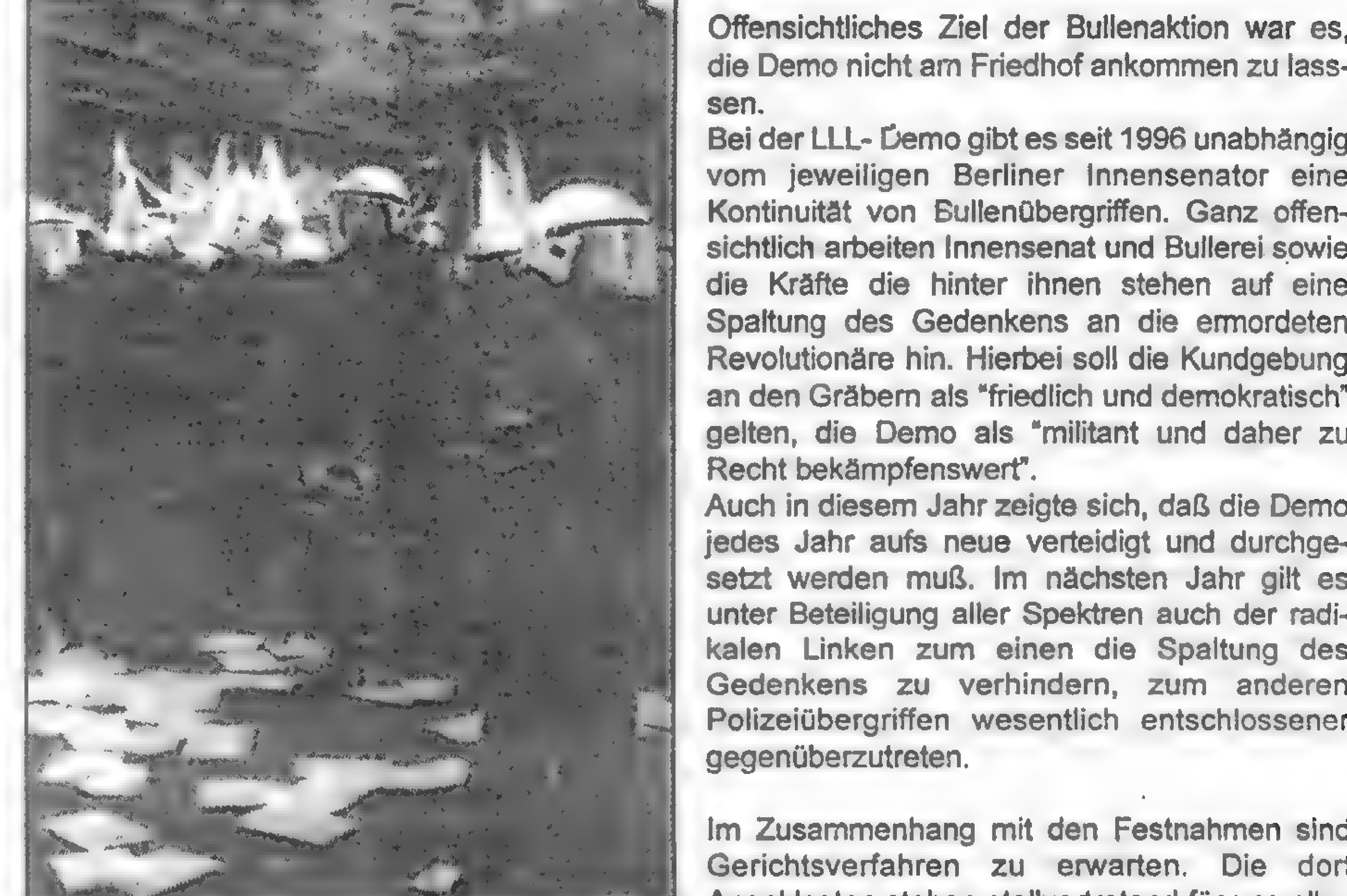
Bereits im Vorfeld kündigten der neue Innensenator Werthebach und die Einsatzleitung die Eskalationsstrategie der Bullen an. Als Vorwände für eine Prügelorgie der Berliner Bullen wurden genannt: Vermummung (was bitte soll das bei Temperaturen unter Null Grad sein?) und das Zeigen von Symbolen des kurdischen Befreiungskampfes. Neu aufgenommen in diese Liste wurde hierbei das Porträt des PKK- Vorsitzenden Abdullah Öcalan. Nachdem sich die HERRschenden in Deutschland dazu entschlossen haben, ihn als Person nicht hier einzuknasten und vor Gericht zu stellen, ist ihnen offensichtlich selbst sein Porträt zu viel: In diesem Zusammenhang wurden bereits beim AnmelderInnengespräch Verfahren nach §129 a ("Werbung für eine terroristische Vereinigung") angedroht. Nach wie vor machen sich die deutsche Polizei und Justiz zu Erfüllungsgehilfen des Völkermordes im türkisch besetzten Teil Kurdistans.

Die Demonstration war denn auch über weite Strecken das Ziel polizeilicher Angriffe. Was da alles Vermummung, PKK- Fahne, Öcalan- Portrait oder auch Beleidigung gewesen sein soll, dürfte selbst den beteiligten BeamtInnen ein Rätsel gewesen sein. Aber denen ging es sowieso in erster Linie ums Verprügeln von DemoteilnehmerInnen, in zweiter Linie um Festnahmen. Viele Leute wurden einfach zusammengeschlagen und am Boden liegengelassen.

Mehrfach wurden gezielt nichtdeutsche Blöcke angegriffen. Als Motiv diente hier neben dem generellen staatlichen Rassismus auch das Engagement dieser Menschen in revolutionären Gruppen.

Bullen-Brutalität

Die meisten Ausschreitungen gingen aufs Konto der Einheiten 22 und 23, die sich auch über Berlin hinaus längst einen Namen als Marodeure in Uniform gemacht haben, so z.B. bei Castortransporten in Gorleben und Ahaus. Auch die Menschenjagd per Hubschrauber gegen Leute mit roter Fahne auf einem Hausdach spricht für sich. Diese Aktion konnte übrigens mittels einer Leuchtkugel aus der Demo beendet werden. Das Fluggerät zog es vor zu verschwinden...



Bullen beim beschlagnahmen einer "verbotenen" Fahne

Ansonsten fiel uns auf, daß die Cops auf dieser Demo jedeN AnwesendeN, unabhängig von Alter, Aussehen oder Nationalität angegriffen haben.

Offensichtliches Ziel der Bullenaktion war es, die Demo nicht am Friedhof ankommen zu lassen.

Bei der LLL- Demo gibt es seit 1996 unabhängig vom jeweiligen Berliner Innensenator eine Kontinuität von Bullenübergriffen. Ganz offensichtlich arbeiten Innensenat und Bullerei sowie die Kräfte die hinter ihnen stehen auf eine Spaltung des Gedenkens an die ermordeten Revolutionäre hin. Hierbei soll die Kundgebung an den Gräbern als "friedlich und demokratisch" gelten, die Demo als "militant und daher zu Recht bekämpfenswert".

Auch in diesem Jahr zeigte sich, daß die Demo jedes Jahr aufs neue verteidigt und durchgesetzt werden muß. Im nächsten Jahr gilt es unter Beteiligung aller Spektren auch der radikalen Linken zum einen die Spaltung des Gedenkens zu verhindern, zum anderen Polizeiübergriffen wesentlich entschlossener gegenüberzutreten.

Im Zusammenhang mit den Festnahmen sind Gerichtsverfahren zu erwarten. Die dort Angeklagten stehen stellvertretend für uns alle.

Lassen wir sie nicht allein. Es gibt eine Waffe gegen Repression - Solidarität!!!

BETROFFENENTREFFEN AM 31.1. 99 UM 15:00 UHR IM DRUGSTORE

Falls ihr selber festgenommen wurdet, Bullenübergriffe gesehen habt oder einfach solidarisch sein wollt,

Kommt massenhaft zum

Antirepressions- Frühstück / Betroffenentreffen

Am Sonntag, 31. Januar 1999 Um 15:00 Uhr

Ins Drugstore, Potsdamer Str. 180, U 7 Kleistpark

Gemeinsames Antirepressionsbündnis, Januar 1999
Mansteinstr. 10; 10783 Berlin
Büro: Dienstags, 16 bis 19 Uhr
Fon/Fax (030) 217 55 174

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V. Konto Nr.718950600,
Stichwort Antirepression, Berliner Bank, BLZ 10020000

**Pressemitteilung vom Berliner Ermittlungsausschuß
zum Vorgehen der Berliner Polizei anläßlich der Demo am 10.01.1999**

Wie jedes Jahr hat die Berliner Polizei (insbesondere die 21. und 23 Einsatzhunderschaft) den Tag zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht zum Anlaß genommen sich mal wieder so richtig auszutoben.
Permanent griffen sie unter lapidaren Begründungen, wie z.B. das Tragen eines Transparentes als Vermummung etc., die Demo an.
Eine Begründung war auch einfach nur , daß eine Polizeieinheit die Straßenseite wechseln sollte, was sie auch sofort taten, indem sie sich mitten durch die Demonstration prügelten.
Einer sechzigjährigen Frau wurde mit einem Schlag auf die Brust geantwortet, als sie sich beschwerte, daß ein Festgenommener übers Pflaster geschleift wurde. Der Antifablock durfte sich großteils eines dreifachen Spaliers „erfreuen".

Auch zivile Einsatzkräfte waren in Massen unterwegs.
Unsere Bilanz des Tages: Mehrere Verletzte, teilweise schwer: ein Mann wurde mit einem Nasenbeinbruch und schwerer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus gebracht. Um ihre Souveränität mal wieder unter Beweis zu stellen wurden einem 14jährigen 2 Zähne ausgeschlagen, einer mit Wurzel...
Insgesamt gab es 39 Festnahmen, 8 davon wurden dem Haftrichter vorgeführt. Ein Mann befindet sich nach wie vor im Knast.
Die Festnahmen wurden im Nachhinein überwiegend mit den Vorwürfen „Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung" legitimiert.

Bei mehreren dieser Vorführungen wurde bei den Beschuldigten Hausdurchsuchungen durchgeführt. Die Hausdurchsuchungen wurden sowohl bei den Meldeadressen, teilweise den Eltern sowie an den Wohnadressen ausgeführt. Die Hüter der nächtlichen Ruhe und mittlerweile auch des Tages vor dem Friedhof suchten die Wohnungen selbst in anderen Städten als Berlin heim, so wichtig war es ihnen, anläßlich einer Beerdigungsdemonstration die Daten von so vielen die Ihnen in das Netz gegangen waren, auch umgehend auszunutzen.

ED-Behandlung gehörte zum überwiegenden Repertoire staatlicher Schikane bei den Festgenommenen.
Wer noch bis zum nächsten Tage warten mußte um dem Haftrichter vorgeführt zu werden, mußte noch seinen Urin abgeben.
Eventuell ein Indiz, daß sich auch kommende Festgenommene darauf einstellen dürfen, gezwungen zu werden ihren Urin dem umfassenden Datenpool zur Verfügung zu stellen.

Wenn welche von Euch Bullenübergriffigkeiten und Festnahmen beobachtet haben, sollten sie uns bitte die Gedächtnisprotokolle vorbeibringen. Gibt's noch Foto- und Videomaterial??? Alles zu uns.

ANNA UND ARTHUR HALTEN NATÜRLICH IMMER WIEDER DAS MAUL UND VOR ALLEM IHRE WOHNUNGEN SAUBER.

Unseres Wissens nach wird es vermutlich bald einen Termin für ein Nachbereitungstreffen geben. Wenn Ihr Betroffene seid, haltet die Augen auf wegen Ankündigungen.

Soweit

Euer Ermittlungsausschuß

Mumia Abu-Jamal wieder aktuell von Hinrichtung bedroht

■ Das Oberste Gericht des US-Bundesstaates Pennsylvania hat den Berufungsantrag des zum Tode verurteilten schwarzen Journalisten und ehemaligen Black Panther Mumia Abu-Jamal am 29.10.1998 abgelehnt. Mumia Abu-Jamal war wegen eines angeblichen Polizistenmordes in einem manipulierten Verfahren 1982 in Philadelphia zum Tode verurteilt worden. Hunderttausende von Menschen in der ganzen Welt haben ebenso wie amnesty international in den vergangenen Jahren gegen seine Hinrichtung gekämpft.

Mumia Abu-Jamal wurde in einem rassistisch motivierten Verfahren, in welchem er keinerlei Chancen auf einen fairen Prozess hatte, verurteilt, weil ihm unter anderem vorgeworfen wurde, Unterstützer der schwarzen Bewegung „Move" zu sein und der radikalen Black Panther Party in den 70er Jahren angehört zu haben.

Vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania kämpfte ein Anwaltsteam unter der Leitung des us-amerikanischen Bürgerrechtsanwalts Len Weinglass für eine Wiederaufnahme des Verfahrens von 1982. In erster Instanz war der Wiederaufnahmeantrag Mumia Abu-Jamals von demselben Richter angelehnt worden, der den Skandalprozess 1982 führte.

Die neuerliche Ablehnung der Berufung gegen dieses Urteil wird dazu führen, daß der Gouverneur von Pennsylvania Thomas Ridge - wie bereits angekündigt - einen neuen Hinrichtungsbefehl unterschreiben wird.



Schon einmal im August 1995 war die Hinrichtung festgesetzt und konnte nur durch das solidarische Handeln hunderttausender von Menschen weltweit verhindert werden.

Auch in der jetzigen Situation wird das Anwaltsteam einen Antrag auf Aufschiebung der Hinrichtung stellen, um so den Weg freizumachen, vor Bundesgerichten weitere Berufungsschritte einzuleiten. Eine Aussetzung des Hinrichtungstermins ist aber keinesfalls garantiert. Das Leben von Mumia Abu-Jamal ist unmittelbar bedroht.

Die Entscheidung des Obersten Gerichts von Pennsylvania und die zu erwartende Unterschrift des Gouverneurs unter einen neuen Hinrichtungsbefehl werden allgemein als politische Entscheidungen gewertet. Mumia Abu- Jamal hat den Haß der Herrschenden auf sich gezogen, da er als engagierter Journalist immer wieder gegen Rassismus und Polizeibrutalität gegen Nichtweiße in Philadelphia geschrieben hat. Auch aus der Todeszelle heraus kämpfte er weiter gegen Rassimus und die Todesstrafe. Dies ist einer der Gründe, warum die Herrschenden in den USA seinen Tod wollen.

Mumia Abu-Jamal schreibt am 31-10-98 zu dem Urteil: „Am 29. Oktober 1998 hat der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania ein kollektives Verbrechen begangen: Er hat den juristisch vorgeschriebenen Weg ignoriert, ein faires Verfahren abgewürgt und Gerechtigkeit mit Füßen getreten. Aber auch nach diesem juristischen Todesurteil - mit leichter Hand getroffen - bleibe ich unschuldig."

Die in einer bundesweiten Kampagne zusammengeschlossenen Mumia Abu-Jamal - Solidaritätsgruppen rufen dazu auf, gegen dieses Urteil zu protestieren.

In vielen Städten der BRD gab es vom 05.12.98 bis 12.12.98 Aktionstage mit Demonstrationen, Kundgebungen vor US-Einrichtungen, Veranstaltungen, Transparentaktionen, Lesungen aus Mumias Büchern, u.s.w..

Am 16.12.98 besuchte eine Delegation aus den USA, zu welcher u.a. Len Weinglass, Anwalt von Mumia, Angela Davis, Romana Afrika (ehemalige Gefangene als Move-Mitglied), gehörten, das Europa Parlament in Strassburg. Dort konnten sie vor dem Parlament sprechen und über Mumia's Situation informieren.

Die Solidaritätsaktionen gegen den drohenden Justizmord werden bundesweit und international fortgesetzt werden. Achtet auf Ankündigungen in eurer Stadt oder wendet euch für weitere Informationen (Auch für die Bestellung des Freedom Now!-Bulletins und Unterschriftenlisten) an:

Archiv '92
Kampagne Mumia Abu-Jamal
Postfach 150323
28093 Bremen

Solidaritätsbündnis für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal, B 5, Brigittenstr. 5, 20359 Hamburg

(Entnommen und gekürzt aus: Rote Hilfe 1/99)

HELPING TO
FREE MUMIA
IS A STEP TO
FREE YOURSELF

Der Offene Brief erreichte uns aus Fleury-Merogis in der Nähe von Paris, dort befindet sich der größte Untersuchungshaft-Frauenknast Frankreichs. Die 67 Unterschriften sind bei einem Anwalt hinterlegt. Der Offene Brief wird in französischen, baskischen und korsischen Zeitungen veröffentlicht.

FLEURY-MEROGIS, Dezember 1998

OFFENER BRIEF

unterzeichnet von 67 gefangenen Frauen, anläßlich des 50.Jahrestages der Verabschiedung der UNO-Menschenrechtserklärung.

WIR SIND DIE STIMMEN AUS DEM DUNKLEN: gefangene Frauen

Über Jahrhunderte wurde Frauen die Stimme versagt und die Menschenrechte waren lange Zeit ausschließlich eine Sache der Männer. Noch heute werden Frauen in zahlreichen Ländern die elementarsten Rechte verweigert. Noch immer gibt es im reichen und opulenten Frankreich Orte, an denen die Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Einer dieser Orte ist das Gefängnis.

Wir sind der schönen Worte anläßlich des Jahrestages der Erklärung der Menschenrechte überdrüssig. Wir wollen Taten sehen.

In Erwägung,

daß die Würde des Menschen unantastbar ist, fordern wir die Abschaffung der intimen Körperdurchsuchung (d.h. sich nackt ausziehen) nach jedem Besuch und die Abschaffung des Bunkers.

In Erwägung,

daß das Recht auf freie Meinungsäußerung ein unveräußerliches Recht des Menschen ist, fordern wir die Abschaffung der Briefzensur nach der strafrechtlichen Voruntersuchung.

In Erwägung,

daß alle Menschen ein Recht auf angemessene Verteidigung haben, fordern wir die Anwesenheit eines Anwalts während der Disziplinarverfahren im Knast.

In Erwägung,

daß die Arbeit im Gefängnis der Sklaverei sehr nahe kommt, fordern wir einen gewerkschaftlich festgelegten Arbeitslohn (SMIG) und für alle Gefangene einen Anspruch auf Sozialhilfe (RMI)

DER ZUSTAND EINES LANDES ZEIGT SICH IN SEINEN GEFÄNGNISSEN

Solidaritätsgruppe zu Christel Fröhlich
c/o Annabee Buchladen Gmbh
Gerberstraße 6
30169 Hannover

Bremen, 23.12.98

Prozess-Info 1

Deutsche Bahn AG fordert Geld von Atomkraftgegner!

Wir zahlen nicht!

Die Deutsche Bahn AG fordert von einem Bremer Atomkraftgegner 6230,90 DM Schadensersatz, weil er den Castor-Transport nach Ahaus blockiert hat. Dagegen werden wir uns entschieden wehren. Unterstütz auch Du den Widerstand gegen die Forderung der Deutsche Bahn AG.

Worum geht es eigentlich?

Am 20.3.1998 sollten sechs Castor-Behälter mit hochradioaktiven Atommüll von der Deutschen Bahn AG in das sogenannte Zwischenlager nach Ahaus gebracht werden. Tausende Menschen aus der Region und der ganzen Bundesrepublik wehrten sich vehement gegen diese Verschiebung des Mülls. Um dazu beizutragen, diesen oder nächste Transporte zu verhindern, kettete sich ein Atomkraftgegner aus Bremen vor den Zug an die Schienen. Da die Polizei die Schiene aufschnitt, um den Weg für den Transport frei zu machen, will die Bahn AG nun 6230,90 DM von dem Atomkraftgegner für die Reparatur bezahlt haben.

Mit uns nicht!

Eins ist klar: Dem milliardenschweren Unternehmen Bahn AG geht es bei ihren Forderungen nicht um das Geld. Vielmehr sind sie sich dessen bewußt, daß solche Forderungen Menschen davon abschrecken, weiterhin Widerstand gegen Atomanlagen [illegible]. Hinter der Schadensersatzforderung [illegible] Wille der Bahn [illegible] politische Gegner[illegible] mundtot zu machen. Das lassen wir nicht [illegible] zu!

Atomunternehmen Bahn

Die Bahn AG hat ein politisches und ökonomisches Interesse [illegible] Widerstand gegen Atomanlagen zu bekämpfen. [illegible] ist nicht nur Monopolhalter an beim Transport [illegible] hochradioaktiven Müll, sondern ist auch noch [illegible] Atomkraftw[illegible] Neckarwestheim [illegible] Neckarwestheim [illegible] drei der sechs Behälter [illegible] Ahaus [illegible] sind. Die Bahn AG dient gut am [illegible] Atomkraftwerk[illegible]

Transporte [illegible] um AKWs [illegible] Von der [illegible] geklärt[illegible] Endlagerung des Atommülls [illegible] und schädigt die Atomkraft Mensch [illegible] Um[illegible] welt. [illegible]

sprechungen. Wir wollen eine Politik, bei der die Menschen im Mittelpunkt stehen und nicht eine Ökonomische Rationalität. Deshalb ist der Widerstand gegen die Atomanlagen für uns notwendig bis zur sofortigen Stillegung aller Atomanlagen! Atomtransporte sind ein notwendiger (und gefährlicher) Teil der Atomkraft. Deshalb ist es richtig, Atomtransporte zu verhindern, denn ohne sie müssen Atomkraftwerke stillgelegt werden.

Was tun?

Wir wehren uns gegen die Bahn AG. Denn eins ist hiermit klar: Herausgegriffen ist Einer, gemeint und betroffen sind wir Alle. Deshalb mache auch Du mit und wehre auch Du Dich gegen Forderungen dieser Art der Bahn AG: Durch Aktionen, Begleitung zu Prozessen, Briefe oder Sonstiges an die Bahn AG oder Geldspenden für den anstehenden Prozess, den die Bahn AG gegen uns anstreben will. Werde aktiv, wende Dich an eine Gruppe in deiner Umgebung oder an folgende Adresse:

BBA-Infoladen [illegible] 10/12 28203 Bremen
Tel.: 0421/700144
Spenden an: C. Rudolph Kto: 2804891537 BLZ: 20110022 Postbank Hamburg

Am 14.12. haben die Anwälte der Bahn AG beim Amtsgericht [illegible] wegen unterlassener Zahlung [illegible]. [illegible] hat nun eine Stellungnahme [illegible] Wochen eingefordert. Wir werden [illegible] und politisch zur Wehr setzen. Dass [illegible] Du im Moment [illegible]

[illegible] Postkarten an die Deutsche Bahn AG. Diese kannst Du ausfüllen und abschicken [illegible] oder in Zügen auslegen. Erkundige Dich regelmäßig nach dem Stand des Verfahrens, um den Prozess begleiten zu können. [illegible] Der Prozess wird wahrscheinlich recht teuer [illegible] Spenden [illegible]

Mein Name ist Mensch - und ich habe viele Geschlechter...

Zur Dekonstruktion der Geschlechtsidentitäten

Die historische und inhaltliche Entwicklung der „neuen" Frauenbewegung(en) hat sich in den 90er Jahren dahingehend bewegt, daß von einigen Theoretikerinnen - die bekannteste ist wohl Judith Butler - die Kategorien Frau bzw. Mann an sich verworfen werden.
Aber was ist mit der weiblichen Identität?
Fehlt der feministischen Bewegung jetzt das "revolutionäre Subjekt"?
Wird mittels solcher Ansätze die vielgepriesene und -beschworene „Solidarität unter Frauen" zerschlagen?
Außerdem ist die Existenz von Sexismus[1] doch unbestreitbar!?!

Der folgende Artikel stellt zunächst die verschiedenen feministischen Hauptströmungen vor, um dann den dekonstruktivistischen Ansatz zu vertiefen.
Es soll dabei vermittelt werden, daß das Angreifen und Zerstören von Kategorisierungen nicht bedeutet, Sexismus zu negieren. Es geht vielmehr darum, in der politischen Praxis neue Bündnisse einzugehen - weshalb die Auseinandersetzung gemischter Zusammenhänge mit der Thematik vonnöten ist.
Aus der einigermaßen kompliziertеn Theorie soll(te) deren Alltagsrelevanz ableitbar sein, neue Aktionsformen und Politikfelder müssen gefunden werden.
Es ist demnach nötig, die im Dekonstruktionsansatz enthaltenen revolutionären Elemente herauszuarbeiten, ebenso muß die Angewiesenheit des Patriarchats[2] auf die Konstrukte[3] Frau/Mann benannt werden.

Liberaler Feminismus
(Boom in den 70er Jahren)

Der sogenannte liberale Feminismus ging und geht von der Gleichheit der Geschlechter aus und fordert demnach ein aufgeklärtes modernes Menschenbild endlich auch für Frauen. Eine Politik der Partizipation[4], Gleichstellung, Quoten etc. ist die Konsequenz. Derartige Forderungen haben mittlerweile auch in der Mitte der Gesellschaft weitgehend Einzug gehalten. Der liberale Feminismus bleibt implizit fixiert auf die herrschenden männlichen und eurozentristischen[5] Normen und schreibt diese fort.

Gynozentrischer Feminismus
(Schwerpunkt: 80er Jahre)

Beim gynozentrischen Feminismus wird die Ungleichheit der Geschlechter vorausgesetzt, die Zweigeschlechtlichkeit als ursprünglicher und grundlegender Bestandteil der Natur hingenommen. Das Menschsein soll wesentlich an Geschlecht und Körperlichkeit gebunden sein. Weiblichkeit ist das identitätsstiftende Merkmal, das alle Frauen jenseits von Kultur und Geschichte auszeichnet. Dementsprechend geht es hier um die Entdeckung, Anerkennung und Aufwertung von Weiblichkeit, um die Positivierung des Weiblichen, den Stolz aufs Frausein. Zwar sollen die Hierarchien zwischen den Geschlechtern aufgehoben werden, die Unterschiede jedoch sollen als unabänderlich wiederhergestellt werden. Als Beispiel für diese Position sei hier die Wiederbelebung der Quasi - Gleichsetzung von Frauen und Natur genannt. (Beispiel: Der 4-Wochen Zyklus der Menstruation wird als dem Mondrhythmus entsprechend interpretiert, dies wird wiederum als Beleg für die Verbundenheit von Frau und Natur herangezogen.)
Die Kritikerinnen an diesem Ansatz betonen vor allem, daß die biologistischen[6] und kulturalistischen Zuschreibungen, welche erst die Unterdrückung von Frauen absichern, durch die Differenztheorien fortgeschrieben werden. Zudem bringt die behauptete weibliche Andersheit als allgemeingültige Kategorie die Unterschiede zwischen Frauen zum Verschwinden.

Die Polarisierung[7] zwischen den beiden genannten Ansätzen führte in das berühmte „Gleichheit versus Differenz"-Dilemma, welches zunächst nicht lösbar schien. Eine neue Grundlage feministischer Politik - ohne vereinnahmenden

---

[1] Unterdrückung / Gewalt und subtilere Formen der Benachteiligung aufgrund des weiblichen Geschlechts; festgeschrieben durch das patriarchale (vgl. [2]) Herrschaftsverhältnis: sexuelle Gewalt, Pornographie, geringerer Lohn / Berufschancen, schlechtere Zugangsmöglichkeiten zu gesellschaftlichen Machtpositionen, Zuständigkeit für Reproduktionsarbeit u. a. m.

[2] Herrschaftsverhältnis von Männern über Frauen und Kinder im öffentlichen wie im „privaten" Bereich
[3] Hypothetische Zusammenfassung und Benennung zur Beschreibung von nicht konkret beobachtbaren Dingen / Erscheinungen
[4] Teilhabe; von etwas - was *ein* anderer hat - etwas abbekommen
[5] vom europäischen Standpunkt ausgehend; die eigenen Sichtweisen als Beurteilungskriterium benutzend

[6] Ursachenzuschreibung bzw. Unterdrückung aufgrund angeblicher biologischer Unterschiede oder Tatsachen
[7] deutliches Hervortreten von Gegensätzen

Rückgriff auf eine Kollektividentität „Frau“ und frei vom Eurozentrismus des „weißen“ Feminismus - könnte der Ansatz der us-amerikanischen Feministin Judith Butler bieten:

Butler dringt darauf, die Unterscheidung zwischen sex (=biologisches Geschlecht) und gender (=soziales Geschlecht) [8] in gender aufzulösen: „sex“ sei ein gender-Konstrukt, durch Diskurse[9] geschaffen. Demzufolge unterscheide auch die Körperlichkeit Männer und Frauen materiell nicht voneinander.

Diese neue - nicht nur - feministische Strömung wird im folgenden kurz dargestellt:

Dekonstruktivistischer Feminismus

Dessen Vertreterinnen bestreiten, daß das Geschlecht an sich überhaupt existiert und irgendeine gemeinsame Identität aus dieser *konstruierten* Kategorie stiften könne. Da es sich also beim Geschlecht um ein Konstrukt handelt, müssen dessen Herstellungsverfahren als patriarchale Herrschaftsakte aufgezeigt werden: schon die Bildung der Kategorie „sex“ ist Teil des sexistischen Herrschaftsverhältnisses. Die Kategorien „Männer“ und „Frauen“ müssen demontiert werden. Nach Butler ist die Kategorie „Frau“ - ebenso wie „Rasse“ - als ideologische Konstruktion zu verstehen, durch die sich die Individuen auf die sozialen Herrschaftsverhältnisse beziehen. Ausdruck von Herrschaft ist nicht nur die Konstruktion von Kategorien an sich, sondern ebenso die damit einhergehende Bedeutungszuschreibung (Signifikation).
Butlers Beschreibungsversuch der Ambivalenz[10] der Frauenbewegung - nämlich die Identität der Frau gleichzeitig zu beanspruchen und anzuzweifeln -, legt die unvermeidliche Schwäche jeder Identitätspolitik offen, selbst den normativen Ausschluß zu betreiben.
Solchen Schlußfolgerungen liegt die Annahme zugrunde, daß sobald überhaupt Kategorien gebildet werden, Bedeutungszuschreibungen und somit Hierarchien / Herrschaftsverhältnisse unvermeidlich sind - aufgrund der daraus resultierenden Aufteilung in Eigenes und Fremdes . Deshalb muß, um Herrschaft zu zerschlagen, von jeglicher Kategorisierung abgesehen werden. Ins Zentrum der dekonstruktivistischen Kritik gerät demnach das traditionelle klassifizierende Denken.

Judith Butler geht es darum, solche Lebens- und Existenzweisen, deren Verwerfung grundlegend für die Stabilität der gegenwärtigen zwangsheterosexuellen Ordnung ist, in den öffentlichen Diskurs und die öffentliche Realität zu bringen. Zu solchen sogenannten verworfenen Lebensweisen zählt sie z. B. Schwul-/Lesbischsein. Allerdings ist eine *unhinterfragte* Selbstzuschreibung als schwul/lesbisch mitnichten das, was Butler fordert, sondern steht faktisch im Gegensatz zu ihrer Theorie. Dies würde schließlich in vergleichbarer Weise Kategorien schaffen und sich der gleichen Mechanismen wie die Konstruktion von hetero-sexuellen „Männern“ und „Frauen“ bedienen.
Butler geht es auch nicht darum, den Körper wegzudeuten, sondern darum, das Symbolische umzudeuten. Genausowenig, wie es ihr darum geht, neue Tabus aufzustellen, den Frauen zu verbieten, sich als Frauen zu verstehen oder die Frauenbewegung aufzulösen. Entgegen anderslautender Vorwürfe hält Butler es immer noch für nötig und politisch wichtig, daß sich Frauen als Frauen zusammentun und ihre Interessen einfordern, doch sie sollen - wenn nötig - Bündnisse mit anderen Gruppen eingehen und sich selbst von anderen Gruppen / Frauen kritisieren lassen, wie es im Fall der Kritik der Frauenbewegung als weiße Mittelschichtsangelegenheit durch schwarze Frauen bereits in den 80er Jahren passiert ist.
Wenn die Unterschiede zwischen den verschiedenen Frauen angenommen und thematisiert werden, kann endlich das Konstruierte der Kategorie Frau erkennbar werden, statt daß diese gerettet werden soll!
Nach Butler sollte der Feminismus davon ausgehen „daß die Kategorie Frauen ein unbezeichenbares Feld von Differenzen bezeichnet, das keine Identitätskategorie totalisieren[11] oder zusammenfassen kann“. Denn dann wandele sich „dieser Terminus gerade in einen Schauplatz ständiger Offenheit und Umdeutbarkeit“, wo „bislang unvorhergesehene Bedeutungen zum Tragen kommen“ könnten. Genau hierin sieht Butler eine wichtige Aufgabe feministischer Politik, nämlich in der Herstellung von „subversiven[12] Verwirrungen“ und „parodistischen Vervielfältigungen“ (sämtliche Zitate Butler: Das Unbehagen der Geschlechter).
Als neuen politischen Ansatz propagiert sie die Vervielfältigung der „Geschlechterkonfigurationen[13]. Wege dahin können sein: Maskerade, Travestie, Queering...

---

[8] *„sex“*: wird bezogen auf körperliche / biologische Merkmale unabhängig von der gesellschaftlich zugewiesenen Geschlechtsrolle
„gender“: Umgestaltung des biol. Geschlechts durch soziale Faktoren; gesellschaftlich bedingt
[9] gesellschaftliche und / oder wissenschaftliche Abhandlung über ein bestimmtes Thema

[10] Doppelwertigkeit mit der Konsequenz von Zwiespältigkeit

[11] unter einem Gesamtaspekt betrachten / behandeln
[12] auf den Umsturz der bestehenden (staatlichen) Ordnung zielend; zerstörend
[13] Anordnung und wechselseitige Beziehung, hier der Geschlechter

Letzteres bedeutet übersetzt „seltsam, sonderbar, leicht verrückt/daneben sein, jemanden irreführen, etwas verpfuschen"; es wird in den USA auch als Schimpfwort für Schwule / Lesben benutzt.
Der politische Ansatz von queer(-ing) besteht darin, sich der herrschenden Zwangsheterosexualität bzw. jeder Form sexueller Identität zu verweigern. Damit ist queer als politische Bewegung konsequenterweise offen für alle altbekannten sexuellen Selbstdefinitionen wie lesbisch, schwul, aber auch hetera, hetero, bi.
Sicherlich geht es Butler darum, die Bedeutung dessen immer weiter auszudehnen, was als „lebenswert" bzw. als „wertvoller" Körper gilt. Somit bietet ihr Ansatz weitere Argumente gerade gegen Biologismus und Heterosexismus.

Laut Butler ist der Ansatzpunkt von queer, am Wiederholungszwang der Inszenierung von Geschlechtlichkeit anzusetzen, da Sexualität und Geschlecht nicht einfach abgelegt werden können. Deshalb läge der einzige Weg zur Subversion in der Möglichkeit „die Wiederholung zu verfehlen bzw. in einer Deformation oder parodistischen Wiederholung, die den phantasmatischen[14] Identitätseffekt als eine politisch schwache Konstruktion entlarvt" (Butler, 1991).
Ein solcher Ansatz allein bezieht jedoch die bürgerlich-patriarchalische Gesellschaft in ihrem Gesamtzusammenhang nicht ein, die sexistische Geschlechterordnung bleibt dabei unberücksichtigt. Diese war und ist u. a. Bedingung der kapitalistischen Moderne vor allem im Bereich der Arbeitsteilung (Stichwort Reproduktionsarbeit).
Die bloße Konzentration auf queer u. ä. entbehrt sicherlich eines revolutionären Elements - zumal Travestie u. ä. längst vom Zeitgeist der 90er Jahre integriert wurde, wie sich beispielsweise bei den Themen der - nicht nur in der BRD üblichen - unzähligen Talkshows zeigt.
Soll queer tatsächlich etwas an bestehenden Machtverhältnissen ändern, kann das nur in Verbindung mit einer radikalen Kritik der patriarchalen bürgerlichen Warengesellschaft geschehen.
Außerdem verlangt das Spielen mit Geschlechtlichkeit soziale, kulturelle und individuelle Freiräume, über die nicht alle verfügen. Ausgeweitet auf sämtliche Formen kollektiver Identitätsbildung (die dominanten inklusive) ist von vornherein klar, wer in dem subversiven Spiel der Bedeutungsvervielfältigungen und -verschiebungen die besseren Karten in der Hand hält.
Wir bezweifeln, daß Butler dabei - wie KritikerInnen unterstellen - überhaupt nicht die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse berücksichtigt, die die Möglichkeiten der einzelnen Individuen bestimmen, in den Kampf um die Bedeutungen (Signifikation) einzugreifen.
Bei diesem Kampf ist selbstverständlich die jeweilige ökonomische und politische Situation zu berücksichtigen und damit seine Bestimmung auch in Bezug auf die herrschenden Verhältnisse vonnöten. Zu beachten ist, daß gegenwärtig, wo viel von einer Pluralisierung der Lebensstile und dem Anwachsen von Mobilität die Rede ist, soweit es um Entwicklungstendenzen in den kapitalistischen Zentren geht, eine „Vervielfältigung der Bedeutungen" und „Pluralisierung der Identitäten" auch einer Anpassung an die Erfordernisse dieser Entwicklungen gleich kommen kann.

Butlers Auflösung sämtlicher Typisierungen zieht keine übersichtlichen, leicht handhabbaren und problemlos umsetzbaren Konsequenzen nach sich. Möglicherweise liegt hierin *ein* Grund - neben zahlreichen Mißverständnissen und sonstigen Ursachen -, weshalb ihr Ansatz immer wieder heftig kritisiert wird. Bei soviel Offenheit und Unklarheiten scheint es durchaus schwierig zu sein, politisch agieren zu können - wobei die Nicht-Weiterentwicklung politischer Theorie und vor allem Praxis keinesfalls die Konsequenz sein sollte.

[14] sinnestäuschend, trügerisch

Literatur:

Butler, Judith: *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt/M. 1991

Butler, Judith: *Körper von Gewicht*. Die diskursiven Grenzen des Geschlechts. Berlin 1995

Deuber-Mankowsky, Astrid: *Let's talk about gender*. Kölner Stadtrevue 2/95

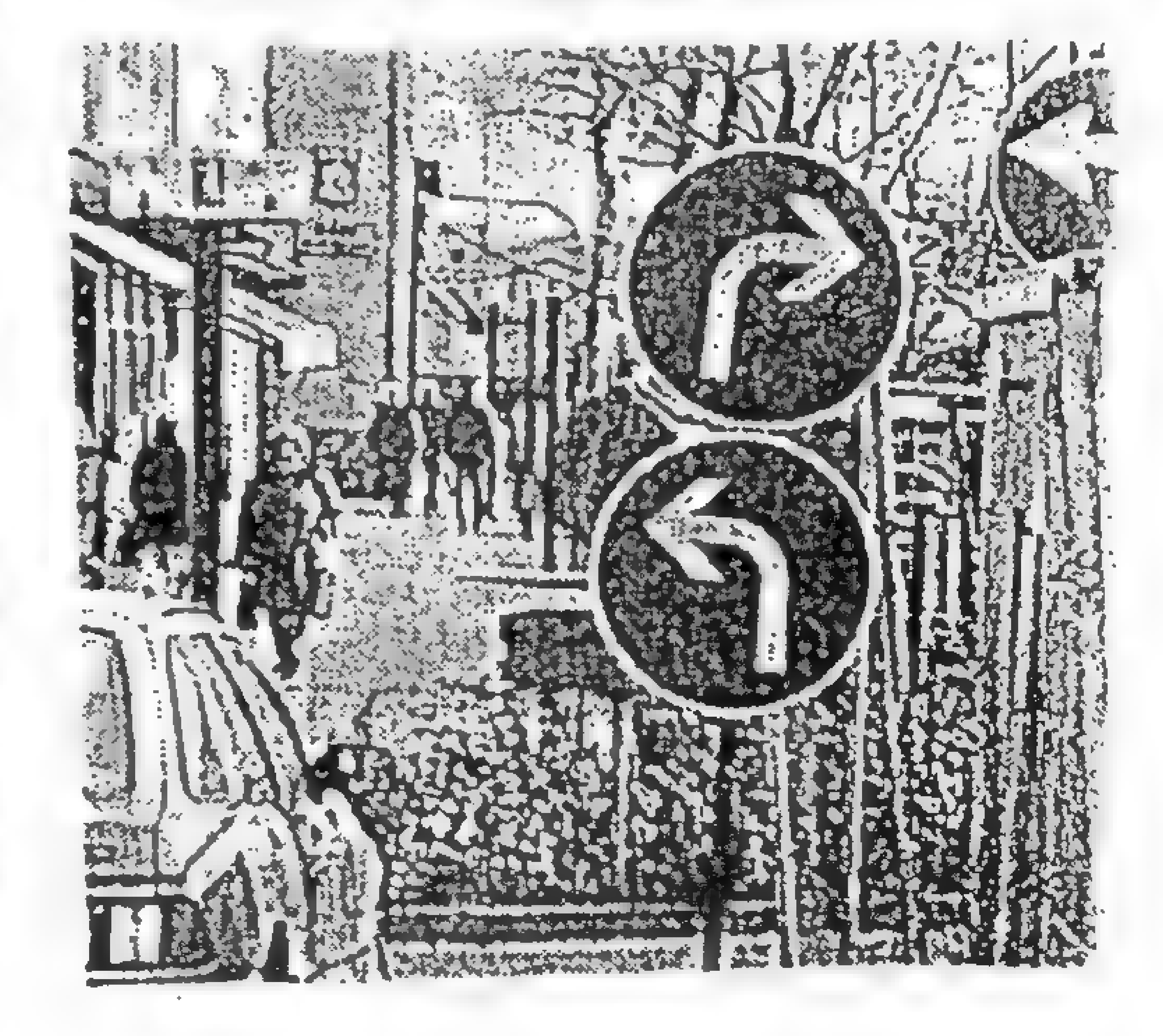
Duden, Barbara: *Die Frau ohne Unterleib. Zu Judith Butlers Entkörperung.* In: Amstutz, N & Kuoni, M. (Hg.) Theorie- Geschlecht-Fiktion. Basel; Frankfurt/M.: Stroemfeld, 1994

Eichhorn, Cornelia: *Judith Butler. Zwischen Dekonstruktion und feministischer Identitätspolitik.* In: Die Beute 0/94

NoName: *Gender-Sex!*

Redaktion 17° + W. S.: Der Streit um Identität. 17° 3/95

Thürmer-Rohr, Christina: *Feminismus und Postmoderne.* In: beiträge zur feministischen theorie und praxis, Heft 39/95+





Erklärung des Plenums der Roten Flora

Sowohl in der "Welt" vom 2., 3., und 4.12 als auch in der "Mopo" vom 19.12.98 sind innerhalb weniger Tage Artikel erschienen, die Unwahrheiten aufbauen und einen Angriff auf die Rote Flora darstellen. Hintergrund waren Gespräche von einigen Geschäftsleuten aus dem Viertel mit Bezirkspolitikern der SPD und eine Stellungnahme des Bezirksamtsleiters Hornauer zur Roten Flora. Da selbst die größten Lügen die Tendenz haben, irgendwann geglaubt zu werden, wenn sie nur lange genug wiederholt werden, wollen wir zu einigen dieser Verdrehungen Stellung beziehen.

1.) Von Bezirkspolitikern und Medien wird immer öfter die Rote Flora für Unmut im Schanzenviertel, vor allem jedoch für das Vorhandensein einer Drogenszene verantwortlich gemacht.
Für die verfehlte Drogenpolitik sind einzig und allein der Hamburger Senat und die Bundesregierung verantwortlich. Die Verfolgung von Handel und öffentlichem Konsum illegalisierter Drogen haben in vielen Großstädten zum Entstehen sogenannter offener Drogenszenen geführt. Diese Betroffenen der staatlichen und städtischen Politik müssen allzu oft als Manövriermasse für politische Interessen von "Law and Order"-PolitikerInnen dienen.
Wenn jetzt die Rote Flora für die offene Drogenszene verantwortlich gemacht wird, dann dient dies lediglich zur
Ablenkung von der eigenen Verantwortlichkeit.
Statt einer politischen Lösung setzt die Politik auf Vertreibung und Dezentralisierung. Dem stet die Rote Flora im Weg und folgerichtig soll sie weg. Was aber bundesweit und auch im Schanzenviertel gebraucht wird, ist eine andere Drogenpolitik. Es braucht eine unbeschränkte Freigabe. Außerdem sind bezalbarer Wohnraum und eine materielle Grundversorgung für DrogenbenutzerInnen notwendig, damit diese wieder eine Wahl haben, wo sie sich zu welchen Bedingungen aufhalten wollen. Es braucht ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge und ein Ende der rassistischen Hetze, die im Nicht-Deutschen den Dealer und in ihm das Böse sucht.



2.) Die Position der Flora, DrogenbenutzerInnen nicht völlig auszugrenzen und diesen die Möglichkeit zu geben, hinter der Flora wenigstens ansatzweise wind- und wettergeschützt zu drücken, wird zur Ursache für eine "Verschlimmerung" der Zustände im Viertel erklärt.
Zuallererst: Wir werden dieses Minimum an Mitmenschlichkeit nicht aufgeben, selbst wenn dies mit unangenehmen Begleiterscheinungen verbunden sein sollte. Wir werden weder die Drogenszene vor unserer Haustür verjagen noch werden wir tolerieren, wenn dies durch die Polizei geschieht.
Festzustellen ist jedoch: Die Druckmöglichkeit hinter der Flora "entlastet" die Situation im Stadtteil sowohl für AnwohnerInnen und Geschäftsleute, aber auch für DrogenbenutzerInnen. Wie das Drogenhilfeprojekt Fixstern in einer Erklärung im Juli 98 treffenderweise festgestellt hat, würde ohne diese Möglichkeit ein Teil der DrogenkonsumentInnen zwangsläufig wieder vermehrt in Hauseingängen, Spielplätzen oder Parks drücken müssen. Wir bieten eine Möglichkeit an und schieben unsere Verantwortlichkeit nicht weg. Die Flora hat immer betont, daß die Druckmöglichkeit kein Ersatz für erweiterte Kapazitäten und Räumlichkeiten in der Drogenhilfe (als erste Schritte zu einer Legalisierung) sein kann. Diese werden aber bekanntermaßen vom Senat verweigert. Somit ist er zu einem wesentlichen Teil an den schlechten Lebensbedigungen in der offenen Drogenszene Schuld. Auch hier wird von eigenen Verantwortlichkeiten und Versäumnissen abgelenkt. Es war schließlich der Hamburger Senat und die Polizei, die Teile der Drogenszene vom Hauptbahnhof, St. Georg und dem Sternschanzenbahnhof vertrieben hat.



16 Hamburg — Sonnabend, 19. Dezember 1998

Rote Flora Wird nächstes Jahr geräumt?

„In der Schanze herrscht eine trügerische Ruhe", stellte der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete Heino Vahldieck vor wenigen Tagen fest. Möglicherweise die Ruhe vor dem Sturm. Denn im nächsten Jahr könnte es zu heftigen Krawallen um die Rote Flora kommen. Grund: Der Altonaer Bezirks-Chef Dr. Uwe Hornauer will großräumig sanieren.

Ein Taxi fährt vor, zwei schwarze Dealer springen rein. Sie versuchen, dem jungen Pärchen im Wagen das Portemonnaie aus der Hand zu reißen. Geschrei, Handgemenge, dann rennen sie davon. Alltag im Schanzenviertel. Und doch nur eine kleine Notiz im Polizeibericht. Nur die ganz alten Hamburger wissen noch, daß das Schulterblatt mal als die „Mö des kleinen Mannes" galt.

Seit die Polizei die Drogenszene 1997 vom Schanzenpark in die Hauseingänge des Viertels getrieben hat, brodelt es im Quartier. Eine hochbrisante Mischung aus Drogendelikten, autonomer Gewalt und nackter Existenzangst hat das empfindliche Gleichgewicht zerstört.

Geschäftsleute organisierten vor zwei Wochen ein Treffen mit Politikern (unter ihnen auch SPD-Innenexperte Ingo Kleist) und drohten ganz unverblühmt: „Wenn der Staat nicht mehr für unsere Sicherheit sorgen kann, zahlen wir auch keine Steuern mehr." Ihre Namen wollen sie nicht nennen – aus Angst vor Racheakten. Der Teppichhändler neben der Flora: „Meine Scheiben sind in den letzten Jahren 15mal zu Bruch gegangen. Das Stück zu 6000 Mark."

Die neue Drogenpolitik kostete die Floristen viel Sympathie

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen: die Rote Flora. Die „Floristen" haben sich in den vergangenen Monaten viel Sympathie im Viertel verspielt, so ein Anwohner, der vor Jahren selbst für das alternative Projekt auf die Straße gegangen. Die Anwohner kritisieren:

- Neue Drogenpolitik. Früher hieß es „Dealer verpißt euch!" Nach langen Diskussionen im Plenum lautete die neue Marschrichtung: „Wir haben eine Schutzfunktion für Junkies." Der kommt man jetzt mit einem Bretter-Verschlag zum Drücken hinter der Flora nach.
- Ständige Großveranstaltungen, für die es weder Genehmigungen gibt, noch Steuern gezahlt werden.
- Das hohe Gewaltpotential, das dem sozialen Umfeld der Flora entwächst. Überfälle auf Polizisten, Ladendiebstähle und -zerstörungen.

„Von Ortwin Rund kommt keine Initiative, die offensichtlichen Probleme anzupacken", beschwert sich Altonas Bezirks-Chef Uwe Hornauer, der schon oft mit den Floristen verhandelt hat. Jetzt will er das Eisen selbst aus dem Feuer holen. Erster Schritt: Die drei betroffenen Bezirke Eimsbüttel, Mitte und Altona gründeten eine neunköpfige Arbeitsgruppe, die ein neues Konzept fürs Viertel ausarbeiten soll.

„Im Brandfall droht eine Katastrophe – wie in Göteborg"

Eins scheint jetzt schon sicher: Für die „Flora", wie sie heute betrieben wird, ist darin kein Platz. Hornauers Plan: „Anfang des Jahres werden wir die Anwohner des Viertels nach ren Wünschen befragen." Sein Kalkül könnte sein: eine breite Mehrheit gegen die Flora – und für ihn die Möglichkeit, mit ideologischer Unterstützung des Quartiers räumen zu können.

Dann brennt die Schanze. Das ist die interne Einschätzung der Polizeiführung. Auf „etwa 400 aktive Autonome" schätzt Hamburgs oberster Verfassungsschützer Reinhard Wagner das Gewaltpotential in der Hansestadt. Polizeiintern gilt als sicher, daß diese Leute ihr letztes Symbol autonomer Selbstbestimmung nicht kampflos aufgeben – zur Not mit Unterstützung von außerhalb.

Für Hornauer kein Grund, seine ehrgeizigen Pläne zu begraben: „Das Schulterblatt ist ein niedergehender Standort. Hier droht eine totale Verslummung mit all ihren negativen Folgen. Die Floristen haben es leider versäumt, mit uns zusammenzuarbeiten. Zu Beginn des Projekts hatten wir eine geduldete Autonomie. Aber Drogenpolitik gehört in die Hände des Staates, nicht in die Flora."

Noch ein Punkt liegt Hornauer auf dem Herzen: „Die Rote Flora ist für Großveranstaltungen mit bis zu 500 Teilnehmern nicht zugelassen, es gibt keine Fluchtwege. Wenn's hier brennt, könnte es leicht zu einer Katastrophe wie in Göteborg kommen." Dort starben im Oktober 60 Menschen bei einer Techno-Party in einem illegalen Club, 162 wurden verletzt.

Vom Ersten Bürgermeister erwartet Hornauer keine Hilfe: „Seit August 96 bin ich im Amt, Gespräche über die Flora hat es nie gegeben. Das könnte ein Fehler sein." 1987 mußte sich der damalige Bürgermeister Klaus von Dohnanyi den Vorwurf gefallen lassen, er habe die Hafenstraße nicht früh genug zur Chefsache gemacht. Ein Jahr später trat er zurück.



HAMBURGER MORGENPOST

30 Beamte trafen auf 15 Chaoten – keiner gefaßt! 3 Peterwagen kaputt

Dieser Polizist war im Schanzenviertel

Ein Beamter verletzt, zwei mit Farbe übergossen, drei demolierte Polizeifahrzeuge – die Bilanz von Krawallen an der Schanze in der Nacht zum Sonnabend. Dabei hätten die Ordnungshüter eigentlich „gewinnen" müssen. 30 Beamte standen 15 Angreifern gegenüber, doch die waren schneller und entkamen. Seiten 8/9

3.) Die Flora wird als Projekt für zerstörte Fensterscheiben oder Ladendiebstähle im Viertel verantwortlich gemacht.

Es fällt wirklich schwer, zu diesem Quatsch etwas zu sagen. Menschen, die hier im Stadtteil leben, wissen im Allgemeinen am besten, daß die Flora immer um "gute Nachbarschaft" bemüht war und ist. Wir waren und sind immer ansprechbar für NachbarInnen und sind nach wie vor immer versucht Probleme aus der Welt zu schaffen. Die Flora für zerschlagene Scheiben und Ladendiebstähle verantwortlich zu machen, entbehrt jeder Grundlage. Die Flora unterhält keine Rollkommandos und treibt auch keine Schutzgelder ein und die, die dies behaupten, wissen am besten, daß dies nicht stimmt. Es sind schlicht Lügen, wenn ein Gewerbetreibender aus der Nachbarschaft der Flora, behauptet im wären fünfzehn mal im Jahr die Scheiben eingeschlagen worden. Das Schanzenviertel ist zudem weder ein "rechtsfreier Raum" noch werden hier täglich im Auftrag der Flora Scheiben eingeschlagen.
Wir sind als Stadtteilzentrum nach wie vor an der gemeinsamen Entwicklung von Widerstand gegen Umstrukturierung, Sozialabbau, Sexismus, Rassismus oder Faschismus interessiert. Dazu gehört auch ein korrektes Verhältnis zu unseren NachbarInnen.

4.) Die Flora ist ein unkommerzielles Projekt. Es gibt in der Flora keine bezahlten Stellen, niemand verdient dort Geld, alle Arbeit wird ehrenamtlich geleistet. Alles Geld, das reinkommt wird als Spende betrachtet, geht an politische, kulturelle oder soziale Gruppen oder Projekte wie die Schwul-Lesbische-Filmtage, antirassistische und antifaschistische Arbeit oder zur Unterstützung anderer Zentren, an Betroffene von Repression oder an internationale Solidaritätsarbeit. Und natürlich dient das Geld auch dem Erhalt und Betrieb des Gebäudes für NutzerInnen aus dem Stadtteil und woandersher. Unter diesen Voraussetzungen bezahlt die Flora keine Steuern. Wohl aber werden Müllgebühren, Strom, Wasser usw. In der Roten Flora ist in den letzten Jahren eine riesige, sehr verantwortliche Aufbauarbeit geleistet worden. Wenn jetzt fehlende Genehmigungen beklagt werden, dann ist dies lediglich ein vorgeschobenes Instrument und der Versuch, politischen Druck auf die Flora zu erzeugen, um unsere Autonomie anzugreifen. Aus einer Ruine nach dem Abriss des alten Flora-Theaters (die der Senat zu verantworten hatte) ist erst über lange Jahre das Gebäude entstanden, über das heute gesprochen wird. Die Flora gäbe und gibt es nicht ohne die Flora. Wir sehen

keine Berechtigung für ausgegrabene Ansprüche von Seiten der Stadt an das Gebäude.

5.) Es geht in der aktuellen Auseinandersetzung um mehr als nur die Flora. Es geht darum, widerständige Strukturen im Stadtteil zu disziplinieren, um damit einhergehend Umstrukturierung, Aufwertung und Ausgrenzung voranzutreiben. Schon heute ist die Schanze nicht auf dem absteigenden Ast wie immer behauptet wird, sondern sind hier die Mieten außergewöhnlich hoch, ist die Wohnlage begehrt und können immer mehr ärmere Menschen sich die Miete nicht mehr leisten, während reichere Leute einziehen.



Die innerstädtischen Bereiche werden zunehmend zu exklusiven Räumen der Besserverdienenden. Welche Ziele ein neueingerichtetes Dreiergremium der Bezirke Altona, Mitte und Eimsbüttel zum Schanzenviertel verfolgt, liegt bei solcher städtischer Politik auf der Hand. Insbesondere beim Altonaer Bezirksamtsleiter ist deutlich, wohin der Wind weht. Während seine Sozialbehörde einerseits Sozialhilfe einstellt und Mietbeihilfen senkt, bzw. die MieterInnen zwingt, sich billigere Wohnungen zu suchen, die es dann häufig nur in anderen Bezirken gibt, will er andererseits die Schanze vor der angeblichen Verslummung retten und aufwerten. Die Flora wird als



Projekt nach wie vor versuchen, mit anderen zusammen gegen eine solche städtische Politik Widerstand zu entwickeln.

Über die Qualitäten eines Bezirksamtschefs Hornauer jedoch, der sich für die oben beschriebene Medienhetze hergibt, an Lügen-' konstrukten mitstrickt und dann damit über die Presse an uns

herantritt, wollen wir uns an dieser Stelle lieber nicht auslassen. Allerdings stellen wir schlußendlich fest, um Befürchtungen der Polizeiführung und Herrn Hornauers zu bestätigen und um bedeutungsvolle Fragezeichen der Morgenpost zu beantworten:

AUTONOMIE HEIßT UNABHÄNGIGKEIT!
ROTE FLORA BLEIBT!

Flora Plenum 21.12.98



DEMONSTRATION

Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!

Endgültiges Aus fürs AZ?

Am 31. 1. 1999 steht dem **Autonomen Zentrum Heidelberg** (AZ) die Räumung bevor. An diesem Tag läuft nämlich der auf öffentlichen Druck hin bisher zweimal verlängerte Anwaltsvergleich zwischen AZ und Stadtverwaltung *endgültig* aus. Dann sollen auf dem Areal, auf dem sich das AZ bisher befunden hat, Tiefgaragen, überteuerter Wohnraum und Einkaufspassagen für konsumfreudige Bevölkerungsschichten entstehen. Aus diesem Grund wird am 6. Februar 1999 eine bundesweite Demonstration stattfinden. Wir rufen dazu auf, an dieser Demo teilzunehmen und entschlossen für ein neues, gleichwertiges AZ zu kämpfen!

Das **Autonome Zentrum Heidelberg** ist ein seit nunmehr siebeneinhalb Jahren existierender Treffpunkt für eine Vielzahl politisch und kulturell arbeitender Gruppen und Einzelpersonen. Seit Mai 1991 hat es sich bis heute zu einem festen Bestandteil der gewachsenen Kultur Heidelbergs entwickelt, der für ganz viele Menschen nicht mehr wegzudenken ist. An diesem linken Veranstaltungsort finden nicht nur größere und kleinere Discos, Konzerte, Informationsabende, Lesungen, Theateraufführungen statt; hier gibt es auch Werkstätten (z. B. Gustavs Fahrradwerkstatt), ein Fotolabor, Probe-/Gruppenräume, Workshops, das Café *Tabula Rasa*, einen Kinosaal, die FrauenLesben-Etage *Mafalda*, einen Sportraum, die *UnheilBar* und vieles mehr. Das AZ wird kollektiv organisiert und arbeitet nach nicht-kommerziellen Maßstäben: alle sich in diesem selbstverwalteten Gebäude engagierenden Menschen arbeiten ehrenamtlich, und die Erlöse aus den zahlreichen Veranstaltungen kommen sozialen und politischen Projekten zugute. Im AZ findet einmal monatlich die einzige FrauenLesben-Disco ganz Heidelbergs statt; außerdem treffen sich dreimal wöchentlich zahlreiche Menschen bei der Volksküche zum Selbstkostenpreis von 2 -3 Mark; und im Infoladen *Moskito* können - anderswo kaum erhältliche - linke Zeitschriften und Bücher gekauft/geliehen werden.

Öffentlichkeitswirksame Aktionen

Um zu verhindern, daß die BetreiberInnen des Autonomen Zentrums nach dem Abriß des jetzigen Gebäudes ohne neues, gleichwertiges Gebäude dastehen, haben sie - zusammen mit vielen anderen UnterstützerInnen und SympathisantInnen - seit über zwei Jahren durch öffentlichkeitswirksame Aktionen immer wieder auf die Situation des AZs aufmerksam gemacht. Mit dieser ganzen ProAZ-Kampagne, die mehrere Höhepunkte hatte - zwei bundesweite Demonstrationen, OB-Wahlkampf mit Plattmann, eine "LOVE your az PARADE", diverse Infostände, Agit-Prop-Veranstaltungen und Spontandemos -, sollte vor allem eines erreicht werden: von der Stadt ein offizielles und verbindliches Angebot adäquater Ersatzräume zu erhalten.

Auch die Aktionen verschiedener anderer Gruppen (z. B. des Komitees *"Kein Tag ohne Autonomes Zentrum"*) haben für großes Aufsehen und für weiteren Druck auf die Stadt gesorgt: Zu erwähnen wären die Besetzung des Alten Waisenhauses in der Plöck im Oktober 1997, die Party-Besetzung des Alten Hallenbades im November 1998 ("Test-your-AZ") und die kurzzeitige Besetzung des Römerkreises am 20. Dezember 1998.

Obwohl Oberbürgermeisterin Beate Weber und VertreterInnen der Stadtverwaltung mehrmals versprochen haben, *"keine Räumung des Autonomen Zentrums ohne gleichwertigen Ersatz"* zuzulassen, ist es seit 1996 aber nur bei unverbindlichen Vertröstungen geblieben

LEBE WILD UND GEFÄHRLICH

Samstag, den 6. Februar 1999
12.00 - Bauhaus - Heidelberg

Es gibt nach wie vor kein diskutables Angebot!

Während sich das AZ stets gesprächsbereit zeigte und die Stadt immer wieder zu Verhandlungen aufforderte, ist es aufgrund der ablehnenden Haltung der Stadt bisher nur äußerst selten dazu gekommen. Und wenn doch, dann meistens nur mit mäßigem Erfolg: Auch das am 26.11.1998 geführte, zweistündige Gespräch zwischen dem persönlichen Referenten der OB/dem Leiter des Liegenschaftsamtes und vier Vertretern des AZs hat keine fruchtbaren Ergebnisse hinsichtlich eines konkreten Gebäudeangebots gebracht. Und auf das erneute Gesprächsangebot, das am 14.12.1998 im Rathaus eingegangen ist, hat die Oberbürgermeisterin Beate Weber mit einem Brief reagiert, in dem sie sich und die Stadt Heidelberg durch die verzerrende, teilweise falsche Darstellung des derzeitigen Verhandlungsstandes in ein gutes Licht zu rücken versucht. Trotz der Existenz mehrerer ZeugInnen, die genau das Gegenteil bestätigen können, behauptet sie darin unter anderem, daß niemals versprochen worden sei, *"die Räume in der Alten Bergheimer Straße 7a am 31. Januar 1999 nur dann verlassen [zu müssen], wenn Ersatzräume von der Stadt zur Verfügung gestellt würden"*. Obwohl das ohnehin indiskutable Projekt *"Schlierbacher Bahnhof"* - durch welches das AZ in einen Vorort Heidelbergs abgedrängt werden sollte! -, durch Indiskretion in der Stadtverwaltung bereits zum Scheitern verurteilt war, *bevor* das AZ überhaupt davon erfahren hatte, geht sie darin noch einmal darauf ein, indem sie sich damit brüstet, dem AZ *"im vergangenen Jahr ein städtisches Gebäude in Schlierbach angeboten"* zu haben, das dann abgelehnt worden sei.



Keine Räumung ohne gleichwertigen Ersatz!

Die BetreiberInnen des Autonomen Zentrums haben es satt, sich von der Stadt hinhalten zu lassen. Sie haben es satt, sich von der Stadt solange "befrieden" zu lassen, bis sie wirklich keine Aussicht mehr auf neue Räumlichkeiten haben. Sie haben es satt, sich von der Stadt immer und immer wieder mit Repressionsmaßnahmen drohen lassen zu müssen. Anhand des obengenannten Briefes der Stadt und den in jüngster Zeit verstärkten Repressionen gegen AZ-AktivistInnen (Vorladungen wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz, VS-Anquatschen,...) zeigt sich eindeutig, daß die Stadt dem Autonomen Zentrum inzwischen den Krieg erklärt hat und an einer Konfliktlösung nicht interessiert zu sein scheint! Doch das wird sich keineR der zahlreichen AZ-SympatisantInnen so einfach gefallen lassen.

Daher steht fest, daß der vielfältige Widerstand gegen eine *ersatzlose* Räumung des Autonomen Zentrums solange aufrechterhalten wird, bis es von Seiten der Stadt ein offizielles und verbindliches Angebot gibt - oder anderweitig Ersatz gefunden werden konnte!

Deshalb findet am 06.02.1999 - also zu einem Zeitpunkt, an dem es gar kein AZ mehr geben wird -, eine bundesweite Demonstration für ein neues, selbstverwaltetes Zentrum in Heidelberg statt. Eine Demonstration, die durch ihren geschlossenen, kämpferischen Charakter noch einmal verdeutlichen soll, daß es in Heidelberg auch weiterhin ein Gebäude für freie Gegenkultur und linke Politik von unten geben muß.

Es liegt an Euch allen – ganz gleich, ob Ihr das AZ als Partyraum, Treffpunkt oder politischen Freiraum wichtig findet - an diesem Tag für die Weiterexistenz eines Autonomen Zentrums in Heidelberg auf die Straße zu gehen.

Zeigen wir der Stadt, daß wir ohne AZ keine Ruhe geben!

Freie Kultur und Widerstand lassen sich nicht vertreiben!

Für ein neues, gleichwertiges Ersatzgebäude!

Autonomes Zentrum Heidelberg

Die Demonstration wird bisher unterstützt von: Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AG Junge GenossInnen Rhein-Neckar, *Antifaschistische Jugendaktion* HD [AJA], *Antifaschistische Jugendaktion* MA [AJA], *ANO/kL*, *Antifa AK an der Uni HD*, *G.R.A.U.*-Neustadt, *Antifaschistisches Kollektiv Maus* KA [AKM], *Autonome Antifa HD*, *Für andere Zustände* MA [FAZ], *I.G.F.S./Antifa Neustadt*, *Infotelefon G.A.R.F.I.E.L.D*, *PDS* Basisorganisation HD, *VVN/Bund der AntifaschistInnen HD*, *Wilde Horde*) • Störenfrie Autonome FrauenLesbengruppe Heidelberg • Archie Zeitung • N. E. B. laut & lästig MA • JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr" • Gewaltfreie Aktionsgruppe Heidelberg • buero für angewandten realismus Ludwigshafen • Infoladen Moskito HD • Infoladen Mannheim • Infoladen Gießen • Infoladen/Archiv Aschaffenburg • Initiative [illegible] Aschaffenburg • Antifa Aschaffenburg • Selbstverwaltetes JUZ Kronberg • GOAB (Geheimdienstlich Organisierte Flüchtlingsgruppe Dammbruch Aschaffenburg • Autonome Antifa (M) Göttingen • [illegible] • Contraste Zeitung für Selbstverwaltung HD • Dachverband der selbstverwalteten Jugendzentren Rhein-Neckar • LesBiSchwules Schulprojekt HD • UnheilBar HD • Bayernweites Bündnis (*Antifa Aktion Augsburg*, *Jugend Gegen Rassismus/Unabhängige Antifa Bayreuth*, *Antifa Aktion Erlangen*, *Autonome Zelle Landshut*, *Antifa Aktion München*, *Antifa Kritik & Kampf Nürnberg*, *Antifa Aktion Passau*, *Antifa Aktion Penzberg*, *Zusammen Aktiv Kämpfen Südlich-Rosenberg*, *Antifa Aktion Ulm/Neu-Ulm*, *Antifa Aktion Würzburg*) • Infoladen Fiety Karlsruhe, Sabotage Zeitung HD • PolKult Besigheim • Antifa Bietigheim • Fachschaft Politologie HD • Asta der PH HD • Redaktion SWR der Graswurzel Revolution • Bündnis gegen Rechts Leipzig • Conne Island Kulturzentrum Leipzig • Antifa Bonn/Rhein-Sieg • Aktionsgruppe Neue Uni • Friedensladen HD • Ex Libris HD • Nosferatu MA • LP HD • Zündsatz GdbR HD • SDAJ Karlsruhe • Antifaschistische Aktion Oldenburg • Der andere Buchladen MA • Roter Splitter HD • Deutscher Freidenker-Verbund • AZ Bazille

Einige spontane Gedanken zum "sehr lesenswerten Artikel" über die Anti-Mai-Kampagne (Le Monde Diplomatique und Interim Nr.466)

Französiche Siege feiern! Jetzt auch in der Interim...

In Le Monde Diplomatique wird der „unbestreitbare Sieg der Bürgerinitiativen, die in zahlreichen Ländern und insbesondere in Frankreich mobilisiert haben, um die Unterzeichnung des Abkommens [des MAI] zu verhindern“ gefeiert. Ähnlich tönt es in der taz vom 15.10 „Hut ab vor der frz. Regierung“, denn sie habe uns vor dem MAI bewahrt. Wenn die taz vor der frz. Regierung den Hut zieht, ist erst einmal Skepsis angesagt.
Tatsächlich hat sich Frankreich als erstes Land von den Verhandlungen zurückgezogen. Ob dies auf den Druck der Bürgerinitiativen zurückzuführen ist, bleibt zweifelhaft. Schon bevor die Kulturschaffenden und Intellektuellen auf die Barrikaden gingen, um die ‚Grande Nation‘ vor Hollywood zu retten, bemühte sich die frz. Regierung, um eine Ausnahmeregelung für die Kulturindustrie. Dies war einer von vielen strittigen Punkten in den Verhandlungen, die viel eher zum vorläufigen Scheitern beigetragen haben. Die "Unbestreitbarkeit des Sieges der Bürgerinitiativen" muß sich erst noch zeigen, denn gleichzeitig mit seinem Rückzug plädierte Frankreich für eine Verlagerung des MAI in die Welthandelsorganisation (WTO). In der WTO würde die EU für die europäischen Staaten die Verhandlungen führen, was ein erneutes Ausscheren Frankreichs erschweren würde. Somit konnte die ‚sozialistische Regierung‘ Frankreichs ihr Gesicht wahren, ohne in Zukunft ganz auf ein Investitionsabkommen verzichten zu müssen. Außerdem haben sich Deutschland und Großbritannien ebenfalls von den Verhandlungen zurückgezogen, ohne daß eine breite Bewegung Druck ausgeübt hätte.
Das Gerücht, daß die MAI-Verhandlungen geheim geführt wurden, hält sich hartnäckig bis heute. Die OECD hat es auf jeden Fall versäumt gesellschaftlich relevante Gruppen in den Diskussionsprozeß mit einzubeziehen. Allerdings wohnten den Verhandlungen auch Gewerkschaftsvertreter bei, die es nicht für nötig hielten wenigstens ihre Basis zu informieren. Trotzdem war die Skandalisierung des MAI, als ein geheim verhandeltes Vertragswerk, ein wichtiger Antrieb für die Gegenaktivitäten. Der Aufruf gegen Ende des Le Monde-Artikels, "die dringlichste Aufgabe bestehe also darin, die gewählten Vertreter in Parlament und Gemeinderäten zu alarmieren" (wann hat mensch sowas schon mal in der Interim gelesen), zeigt die Ausrichtung der Kampagne. So war es auch das Ziel des Anti-MAI-Kongresses (April ‘98 in Bonn) Druck auf die dt. Parlamentarier auszuüben. Dafür nahm das ‚Komitee Widerstand gegen das MAI‘ die Anwesenheit (neu)rechter Gruppen, die Flugis verteilten und Bücherstände aufbauten billigend in Kauf. Vielmehr wurden diejenigen, die die Rechten rausschmissen als störend empfunden. Die (Fehl-)Analyse, das MAI schränke die Souveränität der Nationalstaaten ein und übergibt die Macht an die Transnationalen Konzerne (Tony Clarke), spiegelte sich auch in der Schlußerklärung des Kongresses wieder. Was nach der Kampagne bleibt, sind viele neu entstandene Gruppen, die sich mit Weltwirtschaft beschäftigen und viele, auch internationale Kontakte. Diese sind im Hinblick auf den EU- und WWG in Köln im Juni dieses Jahres, der eigentliche Erfolg.

autonome partymuffel

Vielen Dank für die Blumen

Eine Erwiderung zum Vorwort der INTERIM 467

"Man wollte offenbar alle Kritik eskamotieren und die eigne Partei nicht zum Nachdenken kommen lassen." (Karl Marx, im Mai 1875)

Interessiert schlägt der geneigte INTERIM-Leser die erste Ausgabe 1999 auf (Nummer 467) und darf verwundert sein. Ein erster Blick belehrt, daß die Redaktion überraschenderweise mal wieder selbst zur Feder gegriffen hat; in den letzten Jahren schien selten ein Thema anregend genug, daß die Heft-Macher/innen ein inhaltliches Vorwort zustande gebracht hätten. Das an sich ist ja etwas schönes.
Ein zweiter Blick belehrt: Das war es dann auch schon mit positiven Überraschungen, und vielleicht wäre es besser gewesen, es bei einer Ordner-Auflistung und dem Impressum zu belassen.
Die INTERIM-Redaktion kritisiert mit viel Schaum vorm Mund einen Text, den ich geschrieben hatte und der in der letzten Ausgabe 1998 ("Bonnlein, wechsle Dich", INTERIM 466) abgedruckt ist und erhebt den härtesten aller Vorwürfe, den die INTERIM wohl machen kann: "mit linksradikalem/autonomen oder gar revolutionärem Selbstverständnis hat das nichts, aber auch gar nichts zu tun". Für den Schaum habe ich einen Schwamm beigelegt (wenn die Heft-Redaktion diese Woche eine andere sein sollte: Bitte weiterreichen!), wenigstens auf ein paar Anwürfe sei im folgenden geantwortet.
Zuallererst hat mich die extreme Aggressivität Eures Vorwortes verwundert: "(Schlechtes) Thekengequatsche", "Unsinn", "so etwas" "lesen zu müssen" habe "weh getan", ich würde auf die "Dummheit der LeserInnen" vertrauen, "peinlich", schließlich: Ein solcher Text sei in einem Blatt "rechts der INTERIM" besser aufgehoben. Ich hatte die INTERIM immer so verstanden, daß sie für Debatten offen sei und nicht jeden Text durch eine revolutionäre Korrektheitszensur laufen läßt. Verzeiht den Seitenhieb: Wirklich nicht jeder Text Eures Blättchens entspricht einem wie auch immer geartetem "revolutionärem Selbstverständnis", und bekanntlich darf es auch in der linken unterschiedliche Meinungen geben, gell? Dazu unterstellt Ihr mir eine Reihe von Sachen, die so nicht geschrieben stehen.

In aller erster Linie wollte ich mit dem Text darauf hinweisen, daß mit dem Wechsel der Bundesregierung eine Veränderung der politischen Konstellation eingetreten ist, die auch eine veränderte politische Betrachtung erfordert. CDU/CSU/FDP haben in den seltensten Fällen auf außerparlamentarische Forderungen der Linken reagiert - bei SPD/Grünen ist zumindest zu erproben,ob dies in Einzelfällen anders ist. Beispielsweise habe ich für die Anti-Castor-Bewegung einige ofene Fragen im Kopf, was künftige Konflikte angeht und glaube, daß es spannend sein wird zu beobachten, wie sich der Ex-KB'ler Trittin da aus der Affaire zieht. Natürlich ein sehr reformistisches Argument, aber: Mag es da nicht vielleicht Unterschiede zwischen Trittin und Merkel geben? "Wie sich zumindest in Frankreich zeigt, birgt eine sozialdemokratische Regierung nach langer konservativer Herrschaft ein Potential, empfänglich zu sein, für Forderungen und Widerstand gleichermaßen von links". Abgesehen davon, daß der Satz vielleicht etwas linkisch formuliert ist - was soll daran falsch sein? Wie kommt Ihr zu dem Vorwurf, der Text sei "Reformismus und Fixierung auf Parlamentarismus und Verzicht auf jegliche Formulierung von Utopien", den Ihr in diesem Zusammenhang erhebt? Ihr belegt das mit einem vermeintlichem Zitat aus meinem Text, es gehe "um ganz konkrete praktische Fragen der Politik in der BRD". Dieser Satz ist falsch zitiert und steht so nirgendwo und wenn er so geschrieben wäre: Was wäre so falsch daran?

Daß von der SPD wenig zu erwarten ist, ist doch unstrittig: "Mit Blick auf Schilys Marschrichtung - Lauschangriff, Schleierfahndung, Boot ist voll - wird aber auch deutlich, welchen Kurs insgesamt diese Regierung fährt: Sozialstaat

etwas stärken, Repression und Innere Sicherheit anziehen, Antiquierte Relikte abbauen und die Orientiertung auf Modernisierung mit viel Populismus - gelegentlich auch nationalem - garnieren". Das Interessante an der derzeitigen Entwicklung ist doch allerdings, wie sozialdemokratisch geführte Regierungen in Europa (Frankreich, BRD, England, Italien) auf den neoliberalen Globalisierungsdruck reagieren. In der westlichen Welt werden überall die Arbeitnehmer/innnenrechte zugunsten der Konzerne abgebaut und die Investitionsbedingungen der Multis verbessert. Begründet wird dies mit der verschärften internationalen Wettbewerbssituation, dahinter verbirgt sich die Modernisierung des Kapitalismus-Modells, das aus seiner Krise gelernt hat. Forciert wurde diese Entwicklung Anfang der 80er von konservativen Regierungen weltweit: Thatcher in Großbritannien, Reagan in den USA, Kohl in der BRD usw., mittlerweile wird sie dirigiert von eher sozialdemokratisch ausgerichteten. Es ist durchaus spannend, wie sozialdemokratische Regierungen diesen Umbau moderieren, und zwischen Tony Blair und Lionel Jospin erkennt man/frau zwei, drei Unterschiede, wenn mensch genauer hingucken möchte. Ihr selbst habt in der Nr. 466 einen Artikel zum MAI dokumentiert, das letztlich an den französischen Sozialisten (die eher Sozialdemokraten sind) gescheitert ist. Ökonomisch geht es derzeit vor allem um die Frage, wieviel Staat nötig ist und welche Rolle dieser einnehmen soll. Während neoliberale Vorkämpfer - zu denen ich durchaus auch Andrea Fischer rechne, lest bitte genauer - den Staat zurückbauen und das Feld den Konzernen überlassen wollen, fährt Oskar Lafontaine eher eine klassischen Staatsinterventinosistischen Kurs, der sich an dem Wirtschaftswissenschaftler Keynes orientiert. Diese Unterschiede zu beobachten hat wirklich nichts mit "staatstragendem Verständnis" und Schüren des "Glaubens an die parlamentarische Demokratie" zu tun, wie Ihr mir unterstellt.
Ihr schreibt: "Während sich die JournalistInnen aus dem bürgerlichem Lager weitgehend einig sind und von einem Fehlstart der Koalition sprechen, dürften das neue Regierungsblatt taz und die MacherInnen dieses unglücklichen Artikels die einzigen sein, die konstatieren, daß 'sich überraschenderweise schon einiges zum Positiven gewendet hat'." Abgesehen davon, daß ich mit den Unglücklichen nichts zu tun habe, seht ihr offensichtlich alles beim alten: schließlich sind die Sozialdemokraten schon seit 100 Jahren Verräter/innen (was großteils stimmt, aber es gibt neben gut und böse auch noch Schattierungen).
Schade, daß Ihr so weit weg von linken Diskussionen seid. So läuft derzeit in der Jungle World, einem der Blättchen für "ReformistInnen, Abwiegler und Renegaten", eine Diskussion über genau jene Fragen: "Dabei biete die neue Situation für die europäische Linke durchaus Chancen. Der Neoliberalismus redet uns ein, die freie Entfaltung des Marktes sei ein quasi natürlicher Vorgang, bei dem der Mensch nicht stören dürfe. Jetzt ist wieder von einem politischen Projekt die Rede. Für die Arbeit an einer Europäisierung der Sozialbeziehungen von unten, die auch Süd/Nord-Verhältnisse mit einbezieht, gibt es nun andere Ansprechpartner und Möglichkeiten. Die neue rot-grüne Regierung kann von links unter Druck gesetzt werden." (Jungle World vom 13. Janaur 1999). Gleich nach der Wahl schrieb das Antifa Infoblatt: "Trotz aller Skepsis über die Perspektiven: Das Wahlergebnis der Bundestagswahlen ist aus linksradikaler Perspektive das beste realistische Ergebnis gewesen. Eine rot-grüne Regierungskoalitition mit der PDS als Linksopposition könnte jedenfalls einen größeren gesellschaftlichen Spielraum bedeuten, als es ihn in den letzten 16 Jahren gab". (AIB 45) In der aktuellen Ausgabe 46 legt das Infoblatt nochmal nach; wichtig werde es sein, sich Räume zurückzuerobern: "Darum wird es auch in der Auseinandersetzung mit der SPD und ihrem kleinen Stiefbruder gehen - uns nicht in die Defensive drängen und sie ihren Druck spüren zu lassen - vor allem in den Bereichen Innere Sicherheit, Staatsbürgerschaftsrecht, Flüchtlings- und Asylpolitik." Wie oben zitiert sehe ich das auch, und das hat weniger etwas mit staatstragend und parlamentarischer Demokratie, als vielmehr mit strategischen Optionen und politischem Handlungsspielraum zu tun - und darum geht es mir.
Es könnte beispielsweise ein lohnender Gedanke sein zu versuchen, linke SPD- und Grün-Wähler/innen, die sicherlich zurecht von dieser Regierung enttäuscht

sein werden, als Adressat/innen etwa für antirassistische oder antifaschistische Positionen zu gewinnen. Bei der CDU/CSU/FDP würde sowas doch niemand ernsthaft versuchen, oder?

Wenn solche Debatten nur etwas für Blätter "rechts von der INTERIM" sind, wüßte ich gerne, was für eine Zeitung Ihr sein wollt. Bisher dachte ich, die INTERIM sei auch eine Zeitung ihrer Leser/innen. Wenn sich das geändert haben sollte, dann teilt dies doch bitte unmißverständlich mit.
Schließlich noch zwei Sätze zur PDS: Daß Ihr mir "PDS-Probaganda" (sic) unterstellt und vorwerft, ich vertraue auf die "Dummheit der Leser", ist schon ein starkes Stück. Ich halte die PDS schlicht für "eine Option", und wie geschrieben hat sich "niemand von der PDS Wunder versprochen". Tatsache ist aber, daß die PDS in einigen ausgewählten Bereichen akzeptable politische Arbeit macht, in einigen auch haarsträubende (im Antirassismus-Bereich bestimmt), und daß ich lieber eine Option auf eine sozialistische Partei habe, als keine. Ansonsten glaube ich, daß jede/r Leser/in durchaus ohne Eure Belehrungen in der Lage ist, dazu eine eigene Meinung zu haben. Im übrigen haben reichlich viele Linksradikale diesmal PDS gewählt, weniger aus inhaltlicher Überzeugung denn aus taktischer Erwägung, auch wenn Euch das nicht gefällt. Natürlich braucht Ihr AnarchistInnen (die Ihr seid, gell?) dies nicht zu tun und das ist auch völlig ok. Aber müßt Ihr dann wegen drei Sätzen zur PDS so ausfallend werden?

Der ganze Tonfall Eures Artikels ist autoritär, ausgrenzend und diffamierend. Das ganze hat mich sehr an den K-Gruppen-Stil längst überwunden geglaubter Zeiten erinnert, in Kreuzberg nannte man das früher auch Anarcho-Stalinismus: Wer von der richtigen Linien abweicht, wird ausgegrenzt. Mich hat jedenfalls gewundert, wie sehr Ihr einige Ansichten zu rot-grün - und seien es Minderheitenmeinungen - intolerant behandelt. Ich bin mir nicht sicher, ob das der richtige Stil für eine Zeitung ist, die sich selbst als Diskussionforum versteht.

Kautsky

PS: Da Ihr so gerne Marx lest: "Dixie et salvavi animam meam" (Ich habe gesprochen und meine Seele gerettet, Quelle siehe oben)



internationalistische

an der humboldt universität berlin

veranstaltungsreihe



FR, 5.2.99, 18h,

info-, diskussions- und konzertveranstaltung zum verbot und dem aktuellen 129a-prozeß gegen die linke türkisch-kurdische organisation **DHKP-C** (revolutionäre volksbefreiungspartei/-front) sowie zum verbot der sozialistischen wochenzeitung **KURTULUS** (befreiung).

ab 20 h konzert mit der gruppe **DIREN** (widerstand) - zeitgenössische populäre widerstandsmusik.

MO, 8.2.99, 17h,

film-, info- und diiskussionsveranstaltung zur sahrauischen befreiungsfront **POLISARIO** und zur aktuellen situation der von marokko vor einem viertel jahrhundert annektierten ehemaligen spanischen kolonie westsahara, der heutigen demokratischen arabischen republik sahara (**DARS**).

17h filmvorführung "khallil, sohn der sahara", danach infoveranstaltung

MI, 10.2.99, 18h,

info- und diskussionsveranstaltung zur aktuellen auslieferungs-/amnestiedebatte um **PINOCHET** und die situation der chilenischen politischen Gefangenen der **MIR** (bewegung der revolutionären linken) und der **PATRIOTISCHEN FRONT MANUEL RODRIGUEZ.**

SA, 13.2.99

ab 20h soli-party im supamolli, Jessener Str. 41 (f-hain)

alle veranstaltungen im café krähenfuß, ostflügel des hauptgebäudes, unter den linden 6

veranstalterInnen: refrat der hub, internationalismusreferat refrat-hub, internationalismusreferat asta-tu, unabhängige antifa fu, chile-koordinationsgruppe berlin im fdcl. internationalistisches solidaritätskomitee

Zeugen gesucht:

Wer hat den brutalen Übergriff am 10.01.99 (Liebknecht-Luxemburg-Demo) auf einen 14-jährigen Jungen beobachtet?

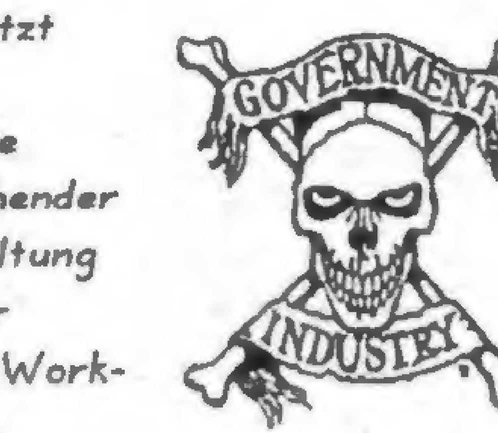
Der Junge war mit einer hellgraue Jacke, schwarzes Basecap, braune Baggy-Jeans bekleidet. Der Übergriff ereignete sich um ca, 11.20 Uhr, kurz nach der Ecke Karl-Marx.-Str. Ecke Straße der Pariser Kommune, an der Uhr, (ca. 10 m hinter dem Lautsprecherwagen). Nach dem Übergriff sind sofort Leute zu dem blutüberströmten Jungen gestürtzt, um ihn zu schützen.

Bitte beim Berliner Ermittlungsausschuß melden (Tel. 030-692 22 22).

Heraus zum 4. anarchistischen Sommercamp!

Nach den letzten drei @-Camps in Hamburg und Berlin werden wir 1999 die Kontinuität der anarchistischen Sommertreffen weitertragen und an die Erfahrungen und Erfolge der letzten Jahre anknüpfen. Deshalb veranstalten dieses Jahr Braunschweiger AnarchistInnen das Treffen vom 30.07.-08.08.99 in der Nähe von Hannover, der Stadt der EXPO 2000.

Es soll wieder zu einem Aufeinandertreffen der verschiedensten anarchistischen Strömungen und Gruppen kommen. Ein Forum, in dem wir uns – wild und lebendig – austauschen können, Theorien bequatschen, Zusammenarbeit planen und gemeinsame Sommertage leben.



Glaubt aber nicht, daß euch ein fertiges Programm vor die Nase gesetzt wird. Von der Vorbereitungsgruppe aus werden wir lediglich einen Workshop zum Thema EXPO anbieten, um dort die Fragen "Was ist die EXPO?" und "Wie sieht eine anarchistische Position und ein entsprechender Widerstand aus?" zu diskutieren. Ansonsten lebt die inhaltliche Gestaltung wieder vollkommen von eurer Phantasie und Initiative und es kann nur stattfinden, was ihr an Ideen, Gedanken und Workshops mitbringt. Um das Camp mal auf internationalere Beine zu stellen, bemühen wir uns in der Vorbereitung verstärkt FreundInnen im Ausland anzusprechen. Auch der Austausch zwischen den Generationen soll weiter gefördert werden. Wir werden uns bemühen, feste Unterkünfte für ältere Menschen (bitte bei uns melden) zu organisieren. Und damit es spannend und anarchistisch wird, wie die letzten Jahre, wollen wir unseren Tagesablauf selbst in die Hand nehmen. Ihr wißt schon – gemeinsam kochen, abwaschen, Feuer machen, Tanz, Aktion, Gesang und Musik. Kosten soll euch der Spaß natürlich so wenig wie möglich. Ihr solltet euch je nach Lage auf ca. 90 – 140 Marx einstellen. Also kommt massenhaft und meldet euch so früh wie möglich an, damit wir planen können. Anmeldeschluß ist der 15.06.99. Wenn ihr Bands oder Theatergruppen kennt, die Lust haben aufzutreten, oder Workshops anbieten wollt, sagt uns Bescheid. Auch wenn ihr Patenschaften für unsere internationalen FreundInnen (z.B. wegen der Visa) übernehmen oder dolmetschen könnt, meldet euch einfach.

In diesem Sinne

Freiheit & Kuchen

Kontaktadresse:
@-Camp-Vorbereitungsgruppe
c/o Ökoscouts
Madamenweg 168
38118 Braunschweig
tel.: 0531 - 82909 Fax: 896677
e-mail: a -camp@gmx.de

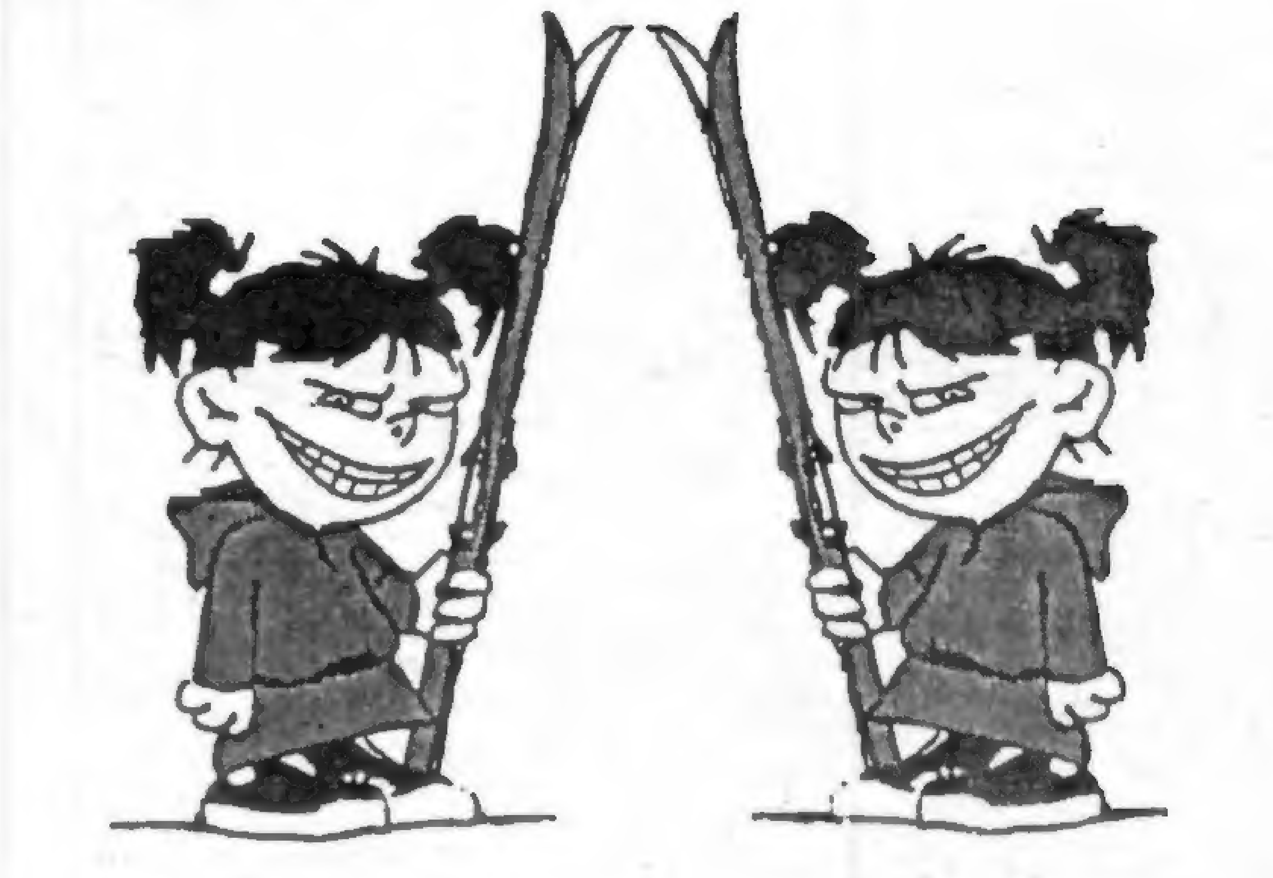


VERANSTALTUNG
DES REVOLUTIONÄREN FUNKEN

Vortrag und Diskussion:

Marxismus und nationale Frage
- eine Kritik des linken Nationalismus -

Montag, den 1. Februar um 19 Uhr
im A-Laden
Rathenower Straße 22 (Berlin-Moabit)
Fahrverbindung: U-Bhf. Birkenstraße
oder Bus Nr. 227



Peru: Ruhe nach dem Sturm ?

Informations-und Diskussionsveranstaltung mit

Javier Diez Canseco
(Parlamentsabgeordneter der "Vereinigten Linken" (IU) Peru)

Zeit: Freitag, den 29. Januar 1999 um 19.00 Uhr

Ort: Mehringhof (im Versammlungsraum, 1.St.li.)
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin-Kreuzberg (U-Bhf. Mehringdamm)

VeranstalterInnen:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V.
in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung, Asociación Simón Bolívar, Infostelle Peru e.V.

Infos:
FDCL, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin, Tel.: 693 40 29, Fax: 692 65 90, E-mail: b21@berlinet.de



Gleiche Rechte für alle Menschen !

